



Heute das Morgen gestalten!

Wahlprogramm für Marburg

2021 – 2026

Inhalt

Zukunft entscheidet sich hier!	1
Umwelt, Natur und Klima in Marburg schützen	4
Stadtentwicklung in Marburg: Sozial und ökologisch	12
Bildungsstadt Marburg: Chancengleichheit und Teilhabe ermöglichen.....	16
Wohnen in Marburg: Bezahlbar und barrierefrei	20
Mobilität in Marburg: Verkehrswende gestalten	22
Grüne Sozialpolitik in Marburg: Für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe	32
Lebendige Demokratie in Marburg: Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement.....	42
Gleichstellungspolitik in Marburg: Her mit dem guten Leben!.....	45
Gesund leben in Marburg.....	50
Sportstadt Marburg	53
Erlebnis Marburg: Nachhaltiger Tourismus.....	56
Kultur in Marburg: Vielfältig und für alle.....	60
Wirtschaft und Finanzen nachhaltig gestalten	63
Unsere Kandidat*innen für die Stadtverordnetenversammlung.....	68

Zukunft entscheidet sich hier!

Unser Marburg ist eine schöne, weltoffene und lebendige Stadt. Viele Marburger*innen sind aktive, engagierte Menschen, denen der Gedanke an eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft am Herzen liegt. In der Pandemie hat Marburg mit viel ehrenamtlichem Engagement gezeigt, dass die Menschen hier zusammenhalten und füreinander eintreten.

Die Grünen haben maßgeblich über viele Jahre mit dazu beigetragen, dass Marburg Vorreiter in so wichtigen Bereichen wie der Teilhabe aller am Leben in dieser Stadt, der Förderung von Kindern und Jugendlichen ab der frühen Kindheit, der Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung, dem Klimaschutz und der kulturellen Vielfalt wird.

Die letzten vier Jahre unter einer rot-schwarzen Regierung waren geprägt von vielen Versprechungen und nur wenigen Umsetzungen. Medienwirksam wurden Dinge angekündigt, aber nur zaghaft oder oberflächlich wurden die Probleme angegangen, nachhaltige Lösungen sucht man vergebens.

Vier Jahre unter Rot-Schwarz waren verschwendete Jahre für den Klimaschutz in Marburg.

Der verabschiedete Klimaaktionsplan ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings wenig ambitioniert, viel zu unkonkret und ohne klaren Zeitplan, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden sollen. Das wird insbesondere im Kontext des Ausbaus erneuerbarer Energien, etwa in der Windkraft, deutlich, wo keine klare Strategie, geschweige denn eine Zustimmung der Regierungsparteien zur Windkraft erkennbar ist.

Halbherzigkeit auch in Sachen Mobilität: Anstatt die notwendige Verkehrswende anzugehen, Radverkehr und ÖPNV auszubauen und Fußgänger*innenverkehr attraktiver zu gestalten, werden für viel Geld Konzepte über Konzepte in Auftrag gegeben und Marketingkampagnen durchgeführt. Rot-Schwarz hat keine Lösungen für die wachsenden Verkehre auf die Lahnberge, zu den Behringwerken und dem Görzhäuser Hof und in die Außenstadtteile, wo die Schaffung von Angeboten für Bewohner*innen und Beschäftigte dringend geboten wäre.

Konkret werden SPD, CDU und BfM nur beim Autoverkehr, wie die Diskussionen um den Allnatalweg oder den Behringtunnel sowie der Versuch des Oberbürgermeisters, die B3 in eine Autobahn umzuwandeln, gezeigt haben.

Die Wohnungsfrage ist die soziale Frage unserer Zeit, auch hier bei uns in Marburg!

Das Mietniveau steigt seit Jahren kontinuierlich, Fälle der Verdrängung von Mieter*innen häufen sich und zu wenig bezahlbarer Wohnraum entsteht. So hat die städtische GeWoBau seit 2016

lediglich zwölf Sozialwohnungen gebaut! Zu allem Überfluss wird die so wichtige Sozialquote nach Belieben ausgesetzt und zur Verhandlungsmasse. Trotz aller Beteuerungen, mehr Sozialwohnungen zu bauen, ist dies ein wohnungspolitisches Armutszeugnis.

Den in die Höhe schnellenden Mieten und der Gentrifizierung in den Bestandsquartieren wollen SPD, CDU und BfM nicht begegnen. Vielmehr unterwirft die rot-schwarze Regierung die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ihrem fatalen Dogma „Bauen, Bauen, Bauen“, um Marburg über Gebühr und zu Lasten des Umlands wachsen zu lassen. Statt eine Kooperation mit unseren Nachbargemeinden anzustreben, heißt die Devise Konfrontation durch Abhängen des Umlandes. Den Flächenfraß dieser Politik scheint man billigend in Kauf zu nehmen. Hinzu kommt der fehlende Blick für die schwindende ökologische Lebensqualität (Stichworte Frischluftzufuhr, Verkehrszuwachs, Verlust von Grünflächen) durch zu stark versiegelte Flächen in der Kernstadt. Darüber darf aber nicht geschwiegen werden, wenn der Klimawandel ernstgenommen werden soll.

Gebrochene Versprechungen und Irritationen bei der Kinderbetreuung unter Rot-Schwarz: Die Ankündigung, dass die Kitagebühren für alle Kinder, also auch die Krippenkinder bzw. U3, entfallen sollen, wurde nicht eingehalten. Vielmehr wurde der Versuch unternommen, die Betreuungszeiten zu verkürzen und die Kitagebühren somit zu erhöhen. Der plötzliche Umschwung kam erst durch das Handeln der Hessischen Landesregierung in dieser Frage. Die Gebühren für die U3-Betreuung sind jedoch geblieben.

Der Altenheimbau in der Sudetenstraße am Richtsberg zeigt, **dass sich die Altenpolitik in Marburg in eine falsche Richtung entwickelt:** Statt der notwendigen und von vielen Menschen gewünschten dezentralen Altenversorgung in den Quartieren entsteht aus Kostengründen nun ein großes Altenheim, das 50% teurer wird als geplant.

Unter den freien Trägern der sozialen Wohlfahrtspflege herrscht seit den unnötigen Sparmaßnahmen im Jahr 2017 Verunsicherung. Statt einem klaren Bekenntnis zu einer soliden Ausfinanzierung wurden Abhängigkeiten geschaffen, Mittel müssen jährlich aufs Neue beim Oberbürgermeister erbeten werden. Die freien Träger sind zu Bittstellern degradiert worden, statt ihre für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt so wichtige Arbeit entsprechend wertzuschätzen.

Weniger Investitionen in unsere Schulen durch BiBaP kennzeichnen die Bildungspolitik von SPD, CDU und BfM. Stattdessen erleben wir ein Politikmarketing, das den Bedarfen nicht gerecht wird. So besitzt die größte Schule in der Sportstadt Marburg keine richtige Sporthalle und musste sich

bei den bereitgestellten Investitionsmitteln zwischen naturwissenschaftlichen Räumen und Klassenzimmern entscheiden.

Wir Grüne stehen für den Wandel. Wir haben die Ideen für die Zukunft und wollen deren Herausforderungen sozial und ökologisch gestalten. Deshalb bitten wir bei den Kommunalwahlen in Hessen am 14. März 2021 um Ihre und Eure Stimme für eine klimafreundliche, nachhaltig wirtschaftende und sozial gerechte Politik in Marburg. Wir Grüne wollen Verantwortung für unsere Stadt übernehmen und die kommenden fünf Jahre im Zeichen einer sozial-ökologischen Politik gestalten.

Gerne wollen wir die Zukunft mit Ihnen und Euch, den Marburger*innen, gemeinsam gestalten. Für große Aufgaben braucht es einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt!

Umwelt, Natur und Klima in Marburg schützen

Der zentrale Leitgedanke grüner Politik ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Für die Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik muss dies selbstverständlich ganz besonders gelten. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und unsere Kinder bewahren. Dazu müssen wir die natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und Luft, das Klima und die biologische Vielfalt aktiv schützen. Die aktuell dringendsten Probleme stellen dabei die Klimakrise und das rasante Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten dar. Wir möchten, dass auch wir hier in Marburg Verantwortung für diese globalen Herausforderungen annehmen und unseren Teil zur Lösung dieser Probleme beitragen. Klimaschutz und Artenschutz müssen deshalb Schwerpunkt unseres umweltpolitischen Handelns sein. Doch auch bei uns werden die Auswirkungen der Klimakrise inzwischen mehr und mehr spürbar. Auf den Feldern, in den Wäldern und teilweise auch schon an unseren Stadtbäumen sind die Konsequenzen der längeren Trockenperioden zu sehen. Besorgniserregend sind dabei vor allem auch die sinkenden Grundwasserstände in den Einzugsgebieten unserer großen Trinkwassergewinnungsanlagen. Auch dem Thema Wasser muss daher künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Daher wollen wir als Grüne ein wirksames Wasserressourcenmanagement entwickeln und einführen.

Klimaschutz

2015 verpflichtete sich die Weltgemeinschaft in Paris, die Erhitzung unseres Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad“ zu halten und perspektivisch nur noch so viel Treibhausgase auszustoßen, wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Gleichzeitig veröffentlichte der Weltklimarat die Erkenntnis, dass die Atmosphäre nur noch eine bestimmte Menge an CO₂ – maximal 600 Gigatonnen (Gt) – aufnehmen kann, wenn die anzustrebende 1,5-Grad-Marke gehalten werden soll. Wenn wir dieses so genannte CO₂-Budget bereits aufgebraucht haben, bevor wir es geschafft haben, unsere jährlichen Nettoemissionen auf Null herunterzufahren, dann wird die Temperatur unweigerlich über die angestrebten 1,5 Grad und später auch über die weitaus riskanteren 2 Grad hinaus ansteigen. Die Klimakatastrophe wird dann nicht mehr zu verhindern sein. Dadurch wird deutlich, wie wichtig es ist, so schnell wie möglich zu handeln, um eine möglichst große Reduktion unserer jährlichen CO₂-Emissionen zu bewirken.

Leider zeigen die für Marburg vorliegenden Daten, dass die CO₂-Emissionen in Marburg in den letzten Jahren nicht gesunken sind. Mehr noch, klimapolitische Beschlüsse, die wir Grüne in der

bis 2016 bestehenden Koalition mit den zögerlichen Sozialdemokraten in der Marburger Stadtverordnetenversammlung fassen konnten, etwa das umfangreiche Sanierungsprogramm „Sozialer Klimaschutz am Richtsberg“ oder die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften nach einer seinerzeit beschlossenen Prioritätenliste, wurden von der aktuellen Regierungskoalition aus SPD, CDU und BfM unter Führung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies nicht mehr umgesetzt: Erst die aus der Gesellschaft heraus entstandene Klimaschutzbewegung konnte den notwendigen öffentlichen Druck erzeugen, der die Politik erkennen ließ, dass es sich bei der Klimakrise um einen Notstand handelt, was schließlich in dem von der Stadtverordnetenversammlung entsprechend gefassten Beschluss zur Ausrufung des Klimanotstandes zum Ausdruck kam. Umso schlimmer ist es, dass nach dem Notstandsbeschluss seitens der Stadtregierung zunächst ein ganzes Jahr lang nichts passiert ist. Die Zeit, in der wir uns noch hätten aussuchen können, wo und wie wir am bequemsten die CO₂-Emissionen senken können, ist längst verstrichen. Wir müssen nun vielmehr gemeinsam alles tun, was wir können, um den Energieverbrauch und die damit verbundenen CO₂-Emissionen zu senken und all das, was wir nicht einsparen können, so weit wie möglich durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Auch hier gilt: Je früher und schneller, desto besser. Je langsamer und später, desto drastischer werden die Maßnahmen und Einschnitte sein müssen.

Deshalb müssen wir als Gesellschaft primär dort ansetzen, wo die größten CO₂-Einsparpotenziale vorhanden sind. In Marburg sind dies eindeutig die mit dem Heizenergieverbrauch verbundenen Emissionen.

Wir GRÜNE wollen:

- für private Immobilienbesitzer mit niedrighwelligen Beratungsangeboten und zusätzlichen finanzielle Fördermitteln die notwendigen Anreize schaffen, um die energetische Sanierungsquote deutlich zu erhöhen und damit die CO₂-Einsparung signifikant zu beschleunigen;
- Wohnungsbaugesellschaften durch abgewogene Zuschüsse in die Lage versetzen, merklich schneller und mehr warmmietneutral energetisch zu sanieren – Mieter*innen mit niedrigem Einkommen sollen nicht die Kosten für die CO₂-Einsparung tragen;
- die Analysen der Energieverbräuche und Einsparpotenziale nach aktuellen und einheitlichen Standards durchführen, um die Hebel, wo wirkungsvolle Maßnahmen ansetzen müssen, präziser beschreiben zu können;

- ein regelmäßiges Monitoring einführen, das die Wirksamkeit der Maßnahmen erkennen lässt und dadurch ein Nachjustieren ermöglicht, da ohne definierte Zwischenziele und Mechanismen zum Nachsteuern der Weg zur Klimaneutralität zum Blindflug wird;
- ein Sofortprogramm zur Energieeinsparung und der Nutzung bzw. Erzeugung erneuerbarer Energien für private Hausbesitzer und kleine Unternehmen auflegen. Diese Fördersummen sollen technikunabhängig an der Menge eingesparten CO₂s bemessen werden. Die Förderung soll zunächst 35€ pro eingesparter Tonne CO₂ betragen. Zur Ermittlung der Gesamteinsparung einer Maßnahme wird die jährliche Einsparung mit der technischen Nutzungsdauer multipliziert. Ein solches Förderprogramm wirkt sich auch belebend für die lokale Wirtschaft aus und stützt damit gleichzeitig heimische Arbeitsplätze;
- den Ausbau der Windenergie auf den im Regionalplan vorgesehenen Vorranggebieten wieder vorantreiben. Denn ohne die Windenergie – sie ist die mit großem Abstand die effizienteste und kostengünstigste Form, erneuerbare Energien zu nutzen – werden wir es in Marburg nicht schaffen;
- den Strom, den wir verbrauchen, klimaneutral machen;
- die Rahmenbedingungen für Photovoltaikanlagen verbessern. Dazu gehört es, für Privateigentümer*innen und Unternehmen Hindernisse zu beseitigen, zusätzliche Anreize zu schaffen und diese auch offensiv zu bewerben;
- die Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Solarenergie stärken. Das bereits unter Rot-Grün beschlossene Klimaschutzteilkonzept muss endlich umgesetzt werden;
- mit Hilfe der Stadtwerke einen Ersatz für auslaufende EEG-Einspeisevergütungen für Anlagen schaffen, damit der Weiterbetrieb von Solarenergieanlagen für die Eigentümer kein Verlustgeschäft wird;
- praktikable Modelle für Mieterstrom entwickeln, damit die gesetzlichen Fördermöglichkeiten auch wahrgenommen werden;
- Hauseigentümer*innen Hilfestellung bei der Antragstellung für PV-Anlagen durch die Stadt und durch die Stadtwerke geben;
- Musterlösungen für Balkon-PV im Geschosswohnungsbau mit der GeWoBau entwickeln, um zusätzliche Potenziale für Photovoltaik zu nutzen, an denen sich alle Wohnungsbauunternehmen in Marburg auch rechtssicher orientieren können;
- die städtischen Nahwärmenetze so ausbauen, dass Altbauten, die nicht energetisch auf den neusten Stand zu bringen sind, angeschlossen werden können;

- fördern, dass städtische Neubauten soweit möglich nur noch aus Holz bzw. nachwachsenden Rohstoffen errichtet werden;
- mit den Marburger Unternehmen einen Pakt initiieren und schließen, in dem diese eine Selbstverpflichtung eingehen, das Marburger Ziel der Klima-Neutralität zu unterstützen und für ihr eigenes Unternehmen anzustreben.

Nicht zuletzt muss die gesamte Stadtentwicklungsplanung die Klimaschutzziele berücksichtigen. Planungen, die den Zielen des Klimanotstandsbeschlusses vom Juni 2019 entgegenstehen, müssen gestoppt oder geändert werden.

Das Artensterben stoppen

Die Stadt Marburg kann eine Menge zur Bewahrung der biologischen Vielfalt beitragen. Wir möchten vor allem solche Maßnahmen besonders vorantreiben, die sowohl die Förderung von sogenannten Habitatstrukturen als auch die Anpassung an die Klimakrise bewirken. Das wird nicht zuletzt auch dem Freizeitwert und der Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes für die Marburger*innen dienen.

Beispielhaft für solche Maßnahmen sind die weitere Renaturierung der Lahn in der Stadt und die bessere Vernetzung und Aufwertung des vorhandenen Stadtgrüns. Das Ziel besteht darin, die Lebensmöglichkeiten für Pflanzen, Tiere und Insekten nachhaltig zu verbessern und Schutzräume nach und nach auszuweiten und zu verbinden. Hierzu wollen wir konsequent die Möglichkeiten und Fördermittel der „Biodiversitätsstrategie Hessen“ der Landesregierung nutzen.

Wir GRÜNE wollen:

- die Renaturierung der Lahn im innerstädtischen Bereich, die bei vielen Marburger*innen wegen ihres Freizeitwertes Wohlgefallen findet und für die Marburg bundesweite Anerkennung fand, nach Süden hin fortsetzen;
- Reparaturmaßnahmen am Grüner Wehr, sofern nötig, und die Anlage einer Fischaufstiegshilfe so durchführen, dass weder die naturnahen Uferbereiche noch der denkmalgeschützte, stadtbildprägende Charakter des Wehrs beeinträchtigt werden. Wenn dazu umfangreiche Neuplanungen erforderlich werden, dann sollen diese in transparenten und nachvollziehbaren Planungsschritten unter kontinuierlicher Bürger*innenbeteiligung erfolgen, damit verlorenes Vertrauen wieder entstehen kann;

- die Renaturierungen besonders der Zuflüsse zur Lahn verstärkt konzipieren und umsetzen. Die Renaturierung der Allna soll einen wichtigen Schwerpunkt darstellen;
- im Außenbereich grüne Biotope schaffen und vernetzen, in denen sich gefährdete Arten wohlfühlen können. Insellösungen von Schutzgebieten reichen alleine nicht aus. Beispielhaft ist die Vernetzung der unterschiedlichen und wertvollen Biotope auf dem Marburger Rücken mit denen des Allnats;
- gemeinsam mit Hausbesitzern und Kleingärtner*innen die vielfältigen innerstädtischen Lebensräume der Gärten für Pflanzen, Insekten und Kleintiere – insbesondere vor dem Hintergrund der Problematik von Stein- und Schottergärten – aufwerten;
- Habitatsaufwertungen im Bereich der im Regionalplan für das Gebiet der Stadt Marburg ausgewiesenen Schwerpunkträume zum Schutze windkraftempfindlicher Vogelarten (wie Rotmilan und Schwarzstorch) als aktiven Beitrag zum Erhalt dieser Arten durchführen;
- innerhalb der kommenden 10 Jahre 25% der stadteigenen Waldflächen in Naturwälder umwandeln. Durch die jüngsten Trockenjahre freigestellte Flächen sollen unverzüglich wieder bewaldet werden;
- öffentliche Parkanlagen ökologisch umgestalten;
- Regelungen, welche sicherstellen, dass in der Stadt Flächen nur noch versiegelt werden dürfen, wenn dementsprechend Flächen entsiegelt werden. Es sollen zudem Flächen identifiziert werden, die perspektivisch ohne Anlass entsiegelt werden können;
- Umweltbildung und freie Träger der Umweltbildung fördern;
- Ökolandbau und deren gemeinschaftliche Vermarktungsstrukturen unterstützen;
- Initiativen, die innovative Projekte gemeinwohlorientierter Ökonomie oder solidarischer Landnutzungsformen vorantreiben, fördern;
- Projekte, die eine Neudefinition des Wachstums- oder Wohlstandsbegriffes jenseits des BIP zum Ziel haben, unterstützen.

Trinkwasser, Grundwasser, Brauchwasser – Integriertes Wassermanagement in Marburg

Die vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass wir infolge der Klimakrise unseren Umgang mit Wasser grundlegend ändern müssen. Geringere Niederschlagsmengen, längere Dürreperioden, Starkregenereignisse und sinkende Grundwasserspiegel haben für uns alle bedeutende Folgen. Durch die geringeren Regenmengen der vergangenen Jahre sind auch in großen Trinkwassergewinnungsgebieten des Zweckverbandes der Mittelhessischen Wasserwerke (ZMW)

die Grundwasserstände stark gesunken. Diese Entwicklung wurde durch Verkauf von Trinkwasser in das Rhein-Main-Gebiet verstärkt. Die Auswirkungen des A49-Weiterbaus für uns sind noch nicht abzusehen, aber die Äußerungen aus dem ZMW lassen nichts Gutes erahnen. Wir müssen daher aktive Vorkehrungen treffen, damit unser Trinkwasser nicht knapp wird. Die Stadt Marburg muss ihre Gestaltungsmöglichkeiten im geschäftsführenden Vorstand des ZMW endlich in diesem Sinne wahrnehmen.

Die langen Dürreperioden haben dazu geführt, dass viele Bäume im Stadtgebiet zum Teil schwer geschädigt wurden. Die Stadtbäume wollen wir nachhaltig mit Wasser in solchen Perioden versorgen, ohne dass dadurch die Trinkwasserversorgung in Mitleidenschaft gezogen wird. Besonders im Jahr 2018 haben wir zweimal erleben müssen, dass unser Abwassersystem nicht in der Lage war, bei Starkregen die großen Regenmengen aufzunehmen. In den Straßen stand das Wasser und Kanaldeckel wurden hochgedrückt.

Wir wollen diese Folgen der Klimakrise nicht einzeln angehen. Eine nachhaltige Lösung dieser Probleme wollen wir durch ein integriertes Wassermanagement lösen, das uns in den kommenden Jahrzehnten vor Trinkwassermangel, Baumsterben und Schäden durch Starkregen schützen kann. Wir wollen die Stadt vor Schäden schützen und zunehmend weniger Trinkwasser als alltägliches Brauchwasser nutzen. Denn dafür ist es viel zu wertvoll.

Wir GRÜNE wollen:

- den Bau von stadteigenen Regenwasserauffangzisternen, um Regenwasser sammeln zu können, mit dem wir besonders im Sommer Stadtbäume und wertvolle Grünflächen wässern können;
- ein Stadtbaummanagement entwickeln, das unsere städtischen Bäume nachhaltig schützt;
- ein städtisches Programm auflegen, das private Hauseigentümer*innen unterstützt, wenn sie eigene Zisternen bauen und daraus z.B. ihr tägliches Brauchwasser z.B. für Toiletten entnehmen;
- die Erarbeitung von Programmen, die den Eintrag von Bodengiften wie Nitrat und Mikroorganismen in Böden oberhalb der Trinkwassergewinnungsgebiete wie in Michelbach verhindern;
- den Einfluss der Stadt Marburg nutzen und den Zentralverband der Mittelhessischen Wasserwerke (ZMW) nach ökologischen Kriterien neu ausrichten;

- ein Monitoring einrichten, das die Verschmutzung der Lahn mit multiresistenten Keimen beobachtet, und ein Konzept erarbeiten, um solche Verschmutzungen zu verhindern.

Plastik schadet der Natur – egal in welcher Form

Das Erdölzeitalter hat uns nicht nur die Verbrennungsmotoren und damit die Klimakrise beschert. Aus Erdöl gewonnene Kunststoffe beeinträchtigen als Plastikmüll und Mikroplastik mittlerweile überall auf der Welt Natur und Umwelt.

Ja, Mikroplastik findet sich auch schon in unseren Körpern. Die Bilder von Plastikinseln auf den Meeren und verendeten Fischen haben uns aufgeschreckt. Da hilft aber kein Verweis auf Berlin oder Brüssel: Wir Grüne wollen hier vor Ort konsequent gegen die schädlichen Folgen der Plastikflut mit allen ihren Folgen kämpfen.

Wir GRÜNE wollen:

- mit aufklärenden Kampagnen und Förderprogrammen Anreize für all diejenigen schaffen, die naturverträgliche Alternativen zu Plastik im privaten und geschäftlichen Leben entwickeln und nutzen wollen;
- ein konsequentes Anwenden kommunaler rechtlicher Möglichkeiten, um die Abgabe von Einmalverpackungen aus Plastik nachhaltig zu beenden. Mit städtischen Satzungen wollen wir die Abgabe von Einmalverpackungen oder -besteck aus Plastik konsequent verbieten;
- die stetige Förderung von kostenlosen Trinkwasserstellen sowie die Verwendung von Mehrwegbechern;
- eine kommunale Strategie entwickeln, um den Eingang von Mikroplastik in unsere Böden und Gewässer nachhaltig zu reduzieren. Dabei wollen wir zügig die Ursachen angehen, die wir kommunal beeinflussen können (z.B. Verkehrsverminderung zur Reduzierung des Reifenabriebs, Aufklärungskampagnen zur Vermeidung von Mikroplastik durch Kleidungsmitel);
- den Ausbau und die Erweiterung der städtischen Kläranlage um die 4. Klärstufe, damit dort wirkungsvoll Mikroplastik herausgefiltert werden kann;
- im Rahmen des Abwassermanagements verhindern, dass der auf den Straßen angesammelte Reifenabrieb bei Starkregen direkt in die Lahn fließt.

Tiere schützen

Tiere sind nicht nur ein essenzieller Bestandteil unserer Ökosysteme. Als Lebewesen haben sie für uns Grüne einen besonderen Schutzstatus, sei es in freier Wildbahn oder in den diversen Haltungsformen durch die Menschen. Wir setzen daher auf umfassende Konzepte, welche gemeinsam mit freien Trägern aus dem Umwelt- und Tierschutz umgesetzt werden.

Wir GRÜNE wollen:

- die Errichtung einer städtischen Beratungsstelle für Tierschutz und Haltungsfragen;
- eine Auffangstation für Wildtiere;
- die Einrichtung betreuter Taubenschläge im Stadtgebiet;
- Kastrationsaktionen für verwilderte Katzen;
- Alternativen zu Pestiziden im Bereich der Grünflächenpflege;
- Bildungsangebote für Kindergärten und Grundschulen, bspw. zu heimischen Wildvögeln schaffen;
- die Beratung ortsansässiger Höfe bei der Umstellung auf Biolandbau und artgerechte Haltung;
- die Bereitstellung von Drohnen für den Ackerbau sowie Chipreader;
- den Dialog mit der Universität zur Verringerung/Ersetzung von Tierversuchen;
- vegetarisch-vegane Essensangebote bei sämtlichen städtischen Veranstaltungen.

Stadtentwicklung in Marburg: Sozial und ökologisch

Stadtentwicklung muss Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeit, Erholung und Mobilität miteinander und vor dem Hintergrund der zentralen Herausforderung des Klimawandels denken. Zudem gilt es, die vielen verschiedenen Stadtviertel, Außenstadtteile und Quartiere mit ihren jeweiligen Identitäten und Herausforderungen zu bewahren und weiterzuentwickeln.

„Bauen, Bauen, Bauen“, wie von den Regierungsparteien dogmatisch propagiert, ist aus unserer Sicht weder sozial noch ökologisch nachhaltig, denn es ignoriert die sensiblen Fragen was wo wie für wen gebaut wird sowie die ökologischen Folgen des Bauens – Stichwort Flächenverbrauch.

Unsere Leitsätze zur Stadtentwicklung

Leitlinie grüner Stadtentwicklungspolitik ist weiterhin das Credo **„Innenentwicklung vor Außenentwicklung“**. Dazu sollen innerstädtische Freiflächen und Leerstände aktiviert und eine maßvolle Verdichtung unter Berücksichtigung des Erhalts von Grünflächen angestrebt werden.

Eine stärkere Mischnutzung von Gewerbe und Wohnen wollen wir schon aus Gründen der Reduzierung des Flächenverbrauchs ermöglichen.

Sofern notwendig soll die Ausweisung neuen Baulands in den Stadtteilen dort erfolgen, wo dies ökologisch verträglich und eine gute Verkehrsanbindung gegeben ist. Dabei gilt es, sich an den zentralen Verkehrsachsen B3 und Main-Weser-Bahn soweit wie möglich zu orientieren.

Denkbar ist vor diesem Hintergrund sowohl eine städtebauliche Entwicklung in Gisselberg als auch in Cappel. Darüber hinaus sind Planungen in Bauerbach, Moischt und Schröck aus unserer Sicht denkbar, wenngleich unter ökologischem Vorbehalt. In jedem Fall gilt es aber, vor Eintritt in Planungen das Gespräch mit den Ortsbeiräten als gewählten Vertreter*innen der Stadtteile, zu suchen.

Die laufenden Planungen am Hasenkopf im Stadtwald und am Oberen Rotenberg in Marbach wollen wir unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten gestalten. Eine über die aktuell beplanten Flächen hinausgehende Bebauung lehnen wir ab.

Jedwede Baumaßnahme muss mit dem gebotenen Maß an Ästhetik, Sensibilität und Augenmaß erfolgen. Insbesondere die vielen stadtbildprägenden Ensembles und denkmalgeschützten Einzelbauten bedürfen einer besonderen Berücksichtigung bei künftigen Planungs- und Bauvorhaben.

Die Arbeit des Beirats für Stadtgestaltung und des Denkmalbeirats sind unverzichtbarer Bestandteil der Sicherung einer qualifizierten Baukultur in Marburg. Die konstruktive

Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Architektur in Marburg muss auch über die Beiräte hinaus durch Informations- und Diskussionsplattformen abgesichert werden.

Neben der Pflege des historischen Stadtbildes sind Wege in der Stadtgestaltung erforderlich, die von den Bedürfnissen der Bewohner*innen, ökologischer Verträglichkeit und sozialer Ausgewogenheit geprägt sind.

Die städtebauliche Planung soll allen Lebenslagen der Bürger*innen gerecht werden. Dabei spielt Barrierefreiheit eine zentrale Rolle.

Wir GRÜNE wollen:

- eine nachhaltige Planungspolitik, die eine soziale und ökologische Entwicklung unserer Stadt gewährleistet;
- dafür Sorge tragen, dass das historische Stadtbild erhalten bleibt;
- die hohe Lebensqualität sowie gesunden Lebensverhältnisse in allen Teilen der Stadt weiterentwickeln;
- gleichzeitig Aspekte des sozialen Zusammenlebens und der Barrierefreiheit berücksichtigen – im privaten und im öffentlichen Raum;
- uns dafür einsetzen, dass Magistrat und Parlament ihre Planungshoheit aktiv nutzen, um Marburgs Stadtentwicklung sozialökologisch zu gestalten;
- in diesem Zusammenhang Grundstücke, die in städtischer Hand oder im Eigentum ihrer Gesellschaften sind, im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen;
- dafür Sorge tragen, dass im Rahmen der Planung eine umfängliche Beteiligung der Bürger*innen, insbesondere in den betroffenen Quartieren und Stadtteilen, sowie der jeweiligen Ortsbeiräte stattfindet;
- Initiativen der Zivilgesellschaft und die „Agenda 21“-Arbeitsgruppen stärker und frühzeitig an Stadtentwicklungsprozessen beteiligen;
- eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch mehr Begrünung, Sitzgelegenheiten und Spielmöglichkeiten;
- mehr kostenlos nutzbare, öffentliche Toiletten (beschildert und barrierefrei);
- Lebensqualität auch durch Sauberkeit, Müllvermeidung und zuverlässige Abfallentsorgung erhöhen.

Innenstadtentwicklung

Marburgs Zentrum hat im Rahmen vielfältiger Prozesse in den vergangenen Jahren sein Gesicht verändert. Die Universität hat ihren neuen Campus Firmanei mit positiven Effekten auf das Campusviertel und die nördliche Altstadt eröffnet. Diesen Veränderungen und Effekten müssen städtebauliche Maßnahmen folgen, die den veränderten Verhältnissen und Strukturen gerecht werden. Darüber hinaus erleben wir in den innerstädtischen Ortsbezirken eine zunehmende soziale Entmischung und Verdrängungseffekte. Um die systematische Verunmöglichung von bestimmten Wohnformen durch bauliche Veränderungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie Zweckentfremdung zu unterbinden, muss die Stadt regulierend u.a. durch Erhaltungssatzungen oder eine Ferienwohnungssatzung eingreifen, damit auch in den Innenstadtlagen (Miet-)Wohnraum für Familien und Senioren gesichert bzw. geschaffen werden kann und auch gemeinschaftliche Wohnprojekte, z.B. Hausgemeinschaften, nicht verdrängt werden.

Wir GRÜNE wollen:

- eine maßvolle Verdichtung der Innenstadtbauung durch bauliche Ergänzungen und Aufstockungen unter Berücksichtigung der Erhaltung von Grün- und Freiflächen einerseits und Wohnqualität andererseits;
- durch baurechtliche Maßnahmen wie Erhaltungssatzungen die städtebauliche Gestalt und die soziale Durchmischung in den innerstädtischen Quartieren erhalten und fördern;
- die Errichtung eines Verkehrsknotens Mitte an der alten UB mit einem verbessertem ÖPNV-Anschluss an die Innenstadt und die Lahnberge;
- die Errichtung eines Verkehrsknotens Nord auf dem Afföllergelände vor dem Café Trauma zur Entlastung der Nordstadt;
- ergebnisoffen über die Zukunft der Marburger Stadtautobahn und mögliche bauliche Alternativen diskutieren;
- den seit längerem geplanten Umbau des Rudolphsplatzes endlich angehen;
- uns für eine stärkere Umwandlung von bislang gewerblich genutzten Gebäuden und Arealen für den Wohnungsbau einsetzen.

Entwicklung der Außenstadtteile

Wir setzen auch in Zukunft auf starke Außenstadtteile mit eigener Infrastruktur und gewachsenen Strukturen. Das Leben in den Stadtteilen muss für alle Generationen und Gruppen der Gesellschaft attraktiv sein. Wir wollen deshalb die Stadtteile in den Bereichen Wohnen, Leben, Einkaufen und Arbeiten weiter stärken. Für den Bezug zur Innenstadt sind die Sicherung und der verstärkte Ausbau einer umweltverträglichen Verkehrsanbindung der Stadtteile zwingend erforderlich. Dafür müssen Angebote geschaffen werden.

Der Grundsatz des Erhalts und der Förderung der Biodiversität ist für uns auch mit Blick auf die Außenstadtteile grundlegend. Daher gilt für uns auch hier der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, um dem drohenden Leerstand in den Ortskernen der Außenstadtteile zu begegnen. Vor allem aber bietet sich so die Chance, die historischen Kerne unserer Stadtteile lebenswert zu halten und für einen Zuzug attraktiv zu machen. Zudem bietet sich so die Chance, die historischen Kerne unserer Stadtteile lebenswert zu halten und für einen Zuzug attraktiv zu machen. Dabei ist der Dialog mit den Ortsbeiräten, dem Denkmalschutz und den Kaufinteressierten zu begleiten, um die jeweiligen Interessen in einem guten Miteinander zusammenzuführen.

Es ist nicht nachhaltig, Neubaugebiete und unbebaute Flächen im Innenbereich der Stadtteile zu bebauen, wenn gleichzeitig ältere Liegenschaften zunehmend weniger genutzt werden und leer verbleiben.

Wir GRÜNE wollen:

- wohnortnahe Infrastruktur erhalten und erweitern;
- Baulandausweisung nur dort, wo es ökologisch und verkehrlich verträglich ist;
- die Nutzung leerstehender Häuser und Höfe in den Ortskernen durch Förderprogramme attraktiver machen;
- preiswerten Mietwohnraum in den Außenstadtteilen, z.B. für Familien, schaffen;
- unnötigen Flächenverbrauch und die damit einhergehende Versiegelung verhindern;
- die sozialstrukturellen Bedingungen im Rahmen von Städtebauförderprogrammen in den verschiedenen Stadtteilen weiter verbessern.

Bildungsstadt Marburg: Chancengleichheit und Teilhabe ermöglichen

Kindergärten und Kindertagesstätten

Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule. Schon im frühkindlichen Alter werden Kinder durch ihre Mitwelt entscheidend geprägt. Krippe und Kindertagesstätte sind die ersten Lernorte, die Kinder in ihrer Bildungsbiographie besuchen. Wir brauchen in der Zukunft einen besseren Betreuungsschlüssel, um eine gute Qualität des Angebots im frühkindlichen Bereich sicherzustellen. Auch die Tagespflege braucht eine ganzheitliche und dauerhafte Unterstützung. Speziell Einrichtungen wie Waldkindergärten sind wichtige Impulsgeber für eine naturnahe Erziehung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erlernen eines wertschätzenden Umgangs mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Kindertagesstätten als Orte des Lernens wollen wir deshalb weiter stärken, damit sie ihren Bildungsauftrag unter bestmöglichen Bedingungen erfüllen können. Durch eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen wollen wir dauerhaft und ganzheitlich Angebote aus dem Bereich „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ als Bestandteile des Bildungsprofils etablieren. Es darf hier nicht bei zeitlich begrenzten Projekten bleiben, die allein vom Engagement einzelner Erzieher*innen und Lehrer*innen abhängig sind.

Wir GRÜNE wollen:

- eine umfassende Bedarfsermittlung der Betreuungsplätze im frühkindlichen Bereich mit dem Ziel der Verbesserung des Betreuungsschlüssels;
- den Ausbau der Tagespflege; nachhaltige Unterstützung und Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen;
- feste Finanzierungsstrukturen, die für die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen ausgewiesen sind, um Themen aus dem Bereich Nachhaltigkeit dauerhaft in Bildungseinrichtungen zu verankern;
- flexible Modelle entwickeln, um berufstätigen und studierenden Eltern sowie Alleinerziehenden zu helfen, die Kleinstkinder haben.

Schule

Schulen, Kindertagesstätten, Volkshochschule, aber auch Musikschule und außerschulische Bildungseinrichtungen brauchen einen verlässlichen und auskömmlichen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihren Bildungsauftrag zu erfüllen. Dazu gehört für uns auch das Thema

Digitalisierung, das viele Bereiche der Bildung überspannt. Wir wollen eine Digitalisierungsstrategie, die die Chancen von Technologien nutzt und zugleich konsequent nach Standards des Datenschutzes ausgerichtet ist. Digitalisierung ist dann ein Schlüssel zu mehr Teilhabe, wenn ein Maßnahmenkatalog soziale Faktoren zur Grundlage hat.

Eine Schlüsselrolle für mehr Bildungsgerechtigkeit nimmt die Ganztagschule ein. Sie sorgt für mehr soziale Teilhabe insbesondere für Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen oder mit einer Zuwanderungsgeschichte. Einrichtungen mit Ganztagsbetreuung wollen wir gezielt unterstützen und stärken.

Doch der Ausbau von Betreuungsinfrastruktur kann nur ein Schritt sein, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Daneben brauchen wir dringend Investitionen in die Schulgebäude unserer Stadt. Das aufgelegte „BiBaP“-Programm steht hinter den Erwartungen deutlich zurück und geht mit einem zu geringem Investitionsvolumen von 30 Mio. € aus unserer Sicht an den Bedarfen der Schulen vorbei. Vor allem im Bereich der Sportanlagen sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Hinsichtlich der Antidiskriminierung haben Schulen eine wichtige Funktion in der Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Dadurch können sie der gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken. Wir unterstützen Schulen, die zu „Schulen ohne Rassismus“ werden und wollen den Dialog zwischen Bildungseinrichtungen und migrantischen Organisationen sowie lokalen Initiativen, die sich für Geflüchtete einsetzen, fördern. Rassismuskritische Bildungsangebote müssen dauerhaft ihren Platz im Schulalltag finden und in alle Strukturebenen hineinreichen. Neben Schulen nimmt hier auch die Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle ein.

Vor allem Bildungseinrichtungen können Vorreiter dafür sein, Diversität positiv als „neue Normalität“ zu leben. Den Girls und Boys Day sehen wir als gute Möglichkeit, Geschlechterrollen zu hinterfragen, indem wir in der eigenen Verwaltung und gemeinsam mit Unternehmen noch mehr Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, an diesem Tag teilzunehmen.

Diese Projekte können jedoch nur ein Anfang sein, um Themen zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität mit dem Ziel einer umfassenden Sensibilisierung von Schüler*innen und Lehrer*innen in die Schulen zu tragen.

Wir GRÜNE wollen:

- Unterstützung und Weiterentwicklung unseres Kinder- und Jugendparlaments, das als Sprachrohr und Demokratieinstrument zurecht überregionale Beachtung findet;

- Förderung der Schulvielfalt in Marburg, auch durch die Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft;
- ein ambitionierteres Schulbauprogramm mit größerem Investitionsvolumen, insbesondere zur Erweiterung der Sporthallen, etwa an der Elisabethschule;
- massive Investitionen in die digitale Infrastruktur ab der Grundschule; dazu gehört eine konsequente Wartungsstrategie, die nur durch deutliche personelle Aufstockung gewährleistet werden kann;
- sichere Schulwege durch Ausbau des Radwegenetzes und konsequente Verkehrsberuhigung in der Leopold-Lucas-Straße;
- Kindern und Jugendlichen in den Schulmensen und Betreuungseinrichtungen gute und ausgewogene Verpflegung anbieten. Das Essen soll biologisch, regional, gentechnikfrei und pflanzenbetont sein. Unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche der Kinder und Jugendlichen sollen Berücksichtigung finden. Zur Überprüfung soll eine regelmäßige Evaluation dazu dienen, das Angebot an den Bedürfnissen der Nutzer*innen zu orientieren;
- eine Unterstützung von und proaktive Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten wie etwa dem Jugendwaldheim Roßberg im Ebsdorfergrund oder dem Bildungshaus am Teufelsgraben;
- die Weiterentwicklung von inklusiven Unterrichts- und Ganztagsangeboten an Marburger Schulen im Rahmen des „Paktes für den Nachmittag“;
- kostenlosen Unterricht an der Musikschule und der Kunstwerkstatt für Kinder und Jugendliche;
- die Angebote und Initiativen der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausbauen und weiter unterstützen. Die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit müssen einrichtungsintern verankert werden – dies reicht von der energetischen Sanierung der Schulgebäude bis hin zur strukturierten Zusammenarbeit mit lokalen Bildungsträgern;
- rassismuskritische Bildungsangebote in der Schule sowie in der Erwachsenenbildung im Dialog mit lokalen Initiativen fördern;
- den Girls und Boys Days sowie Projekte zu sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität fördern.

Universität und Studierende – Forschung und Lehre auf hohem Niveau

Nicht nur die großen Universitätsneubauten auf den Lahnbergen und in der Innenstadt dokumentieren die Bedeutung der Philipps-Universität für Marburg.

Gerade die Neubauten des deutschen Sprachatlas und der neuen Zentralbibliothek verändern nicht nur den städtischen Raum, sie sind auch Ausweis der Universitätsstadt Marburg. Deshalb ist es uns Grünen ein vorrangiges Anliegen, die Kooperation mit der Universität weiter zu kultivieren. Wir Grüne sehen die Stärkung der Universität in allen Belangen als integrativen Bestandteil der städtischen Politik.

In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit den anderen Parteien die Situation der am Klinikum Beschäftigten mehrfach zum Thema gemacht. Wir werden auch weiterhin die Folgen der Privatisierung des Uniklinikums kritisch verfolgen und benennen. Genauso wichtig ist uns aber auch die Stärkung des medizinischen Fachbereichs und der Erhalt des Klinikums als Krankenhaus der regionalen Vollversorgung, der Spitzenmedizin und als universitärer Ort der Ausbildung und Lehre.

Die Attraktivität des Studienortes steht und fällt aber auch mit dem Vorhandensein ausreichenden Wohnraums für die Studierenden. Auch dazu wollen wir weiterhin Sozialwohnungen bauen und das Studentenwerk unterstützen, um mehr studentischen Wohnraum zu realisieren.

Damit Universität und Stadt sich noch mehr gegenseitig befruchten können, wollen wir einen weiteren Ausbau der Kooperationen. Es sind noch mehr gegenseitige Transparenz in den jeweiligen Planungen und gemeinsame Aktionen wichtig, um einerseits Studierenden die Stadt näher zu bringen und andererseits der länger ansässigen Bevölkerung die universitäre Vielfalt darzustellen.

Wir GRÜNE wollen:

- im Rahmen des bundesweiten Programms „Engagierte Stadt“, getragen durch die Freiwilligenagentur, Studierende vermehrt zu sozialem, kulturellem und ökologischem Engagement in Marburg ermutigen;
- gerade im Bereich der durch Drittmittel finanzierten Forschung die Universität weiterhin dazu drängen, eine Zivilklausel zu verabschieden, die militärische Forschung verbietet;
- durch die städtischen Gremien auf die Universität einwirken, damit Tierversuche in der Forschung nachhaltig beendet werden. Tierschutz muss auch in der Forschung gelten.

Wohnen in Marburg: Bezahlbar und barrierefrei

Marburg ist eine wachsende und moderne Stadt mit historischem Kern und hoher Lebensqualität. Wie auch viele andere Universitätsstädte sorgt die wachsende Attraktivität auch in Marburg für ein steigendes Mietniveau, dem in den vergangenen Jahren trotz allem Beschwören von Seiten der rot-schwarzen Stadtregierung nicht wirksam etwas entgegengestellt wurde, obwohl die Landesregierung finanzielle Mittel in nie da gewesener Höhe bereitstellt. Sie müssen vor Ort genutzt werden!

Wir wollen bezahlbare Mieten für unterschiedliche Bedürfnisse und damit die soziale Durchmischung in unseren Quartieren und Stadtteilen sicherstellen. Neben geförderten Wohnungen umfasst dies Wohnungen für Familien mit Kindern und Alleinerziehende, junge Wissenschaftler*innen, Angestellte und Arbeiter*innen, deren Einkommen knapp oberhalb der Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen liegen. Dies muss auch hinsichtlich barrierefreier Wohnungen für ältere und behinderte Menschen gelten. In Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften müssen auch für diese Personengruppe angemessene Wohnungen geschaffen werden.

Mithilfe unterschiedlicher Instrumente und Initiativen wollen wir in bestehenden Quartieren bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten. Mit dem Milieuschutz wollen wir Verdrängung durch bauliche Veränderungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern, wenn dies der sozialen Durchmischung entgegensteht. Durch den Ankauf von Belegungsrechten sollen Sozialwohnungen erhalten und im Bestand neu geschaffen werden.

Der Neubau von Wohnungen in Marburg ist in Teilen notwendig, muss aber ökologisch verträglich und bezahlbar sein. Dazu soll die Quote für geförderten Wohnungsbau in Marburg erhöht werden und bei jedem Bauprojekt ausnahmslos gelten. Unsere städtische GeWoBau wollen wir weiter stärken und sie mit einem Mietendeckel zum Flaggschiff der sozialen Wohnraumversorgung in Marburg machen. Darüber hinaus wollen wir in Kooperation mit weiteren gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Haus- oder Baugemeinschaften den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum decken.

Marburg benötigt weiterhin mehr preiswerten Wohnraum für die hohe Zahl von Studierenden. Dazu gehören Wohnheime, private Zimmer, Wohnungen für Wohngemeinschaften, aber auch innovative Formen studentischen Wohnens wie „Alt-Jung-Projekte“ oder selbst organisierte Projekte, z.B. Syndikatsmodelle.

Unterstützen wollen wir auch innovative Ideen für preisgünstigen Miet- und Eigentumswohnungsbau, insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen. Gleiches gilt für das Mehrgenerationenwohnen.

Die energetische Modernisierung insbesondere der älteren Mehrfamilienhäuser ist ein wichtiges soziales Ziel und ein zentraler Baustein im Klimaschutz. Zugige Fenster, eine mangelhafte Fassadendämmung und alte Heizungen sind der Grund für hohe Energiekosten und für gesundheitsgefährdende Schimmelbildungen. In unserer Regierungszeit bis 2016 haben wir ein Klimakonzept für die Gesamtstadt erarbeitet und in der Folge das kommunale Förderprogramm „Sozialer Klimabonus“ für den Marburger Richtsberg aufgelegt. Wir wollen erreichen, dass die Mieten auch dann noch sozial stabil bleiben, wenn hocheffizient saniert wird. Allerdings: Das Förderprogramm ist ein Angebot an die Wohnungsbaugesellschaften. Sie müssen handeln.

Wir GRÜNE wollen:

- eine verstärkte Förderung des sozialen und preiswerten Wohnungsbaus;
- dafür Sorge tragen, dass für Personen und Familien mit geringerem Einkommen hinreichend angemessener Wohnraum zur Verfügung steht;
- in Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften den Bedarf an preiswerten barrierefreien Wohnungen decken;
- keine Privatisierung, sondern eine Stärkung unserer städtischen GeWoBau;
- keine Privatisierung von Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften;
- eine Deckelung der Kaltmieten bei der GeWoBau in Höhe von 7,50€/m² einführen;
- die Quote für geförderten Wohnungsbau (Sozialquote) auf mind. 30% erhöhen;
- zur Versorgung mit Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsschichten vermehrt Belegungsrechte für Sozialwohnungen ankaufen;
- Verdrängung/Gentrifizierung durch Instrumente wie den Milieuschutz entgegenwirken;
- innovative und gemeinschaftliche Wohnformen wie Genossenschaften, Haus- oder Baugemeinschaften stärken und fördern, z.B. mit einem Fonds für gemeinschaftliche Wohnprojekte;
- die energetische Modernisierung des öffentlichen Wohnungsbestandes;
- die Förderung der energetischen Modernisierung privaten Wohnraums;
- die Ausweitung des Wohnungsangebots für Studierende;
- die Wohnraumberatung der Stadt stärken und die Zuständigkeit für alle Fragen der Wohnraumversorgung bündeln.

Mobilität in Marburg: Verkehrswende gestalten

Organisation der Mobilität

Die Veränderungen in der Marburger Innenstadt und mit ihr die Entwicklung des Uni-Campus Firmani am Alten Botanischen Garten und des Uni-Campus auf den Lahnbergen erfordern moderne Strategien zur zukünftigen Bewältigung des Stadtverkehrs.

Das übergeordnete Ziel ist die erforderliche Mobilität zu ermöglichen und die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr zu verringern sowie die bestehenden Verkehrsformen so zu organisieren, dass die schwächeren Verkehrsteilnehmer gestärkt werden. Dies soll in Marburg durch ein vernetztes System der einzelnen Fortbewegungsarten erreicht werden, das mit der Region verknüpft ist und mit einer Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs einhergeht. Hierzu ist die Einführung eines kommunalen Mobilitätsmanagements erforderlich. Dieses geht über die „klassische“ Verkehrsplanung, die meist nur die einzelnen Verkehrsarten nebeneinander betrachtet, hinaus. Mobilitätsmanagement soll Verkehr besser organisieren und die verschiedenen Fortbewegungsarten in der Stadt miteinander optimal verknüpfen sowie aufeinander abstimmen. Es soll auch effizientes und ressourcenschonendes Mobilitätsverhalten fördern, indem es Anreize setzt und für eine klimaschonende Wahl der Verkehrsmittel wirbt.

Eine gezielte Organisation der Mobilität führt zu höherer Auslastung und höheren Einnahmen aller öffentlichen Verkehrsträger, erspart Kraftstoff-, Stau- und Parkraumkosten und reduziert bei den Kommunen die Mittel, die in Ausbau, Bereitstellung sowie Instandhaltung der Straßeninfrastruktur investiert werden müssen. Zur Erstellung und Umsetzung eines solchen Mobilitätskonzepts fordern wir den Einsatz einer*ines Mobilitätsbeauftragten.

Wir GRÜNE wollen:

- ein Mobilitätskonzept für Marburg, das darauf abzielt, den motorisierten Individualverkehr durch ein Verkehrs-„System“ zu ersetzen, das an die Mobilitätsbedürfnisse und verfügbare Ressourcen von Raum und Energie möglichst gut angepasst ist;
- Bürger*innen in Mobilitätsfragen stärker beteiligen;
- Betriebe mit einer Plakette auszeichnen, die ihren Mitarbeiter*innen Anreize bieten, klimaschonende Verkehrsmittel zu nutzen;
- Mobilität stärker über die Stadtgrenzen Marburgs hinaus und regional gemeinsam denken. Dazu soll die Ausgestaltung eines Mobilitätskonzepts gemeinsam mit unseren

Nachbargemeinden und dem Landkreis sowie weiteren regionalen Partnern forciert werden;

- die Schaffung der Stelle eines*einer Mobilitätsbeauftragten;
- die Erneuerung des städtischen Fuhrparks durch Umstieg auf e-Mobilität (Ordnungsamt, DBM, Fachdienste usw.).

Verringerung des Autoverkehrs

Die letzten vier Jahre haben ein klares Bekenntnis zu einer wirksamen Verringerung des Autoverkehrs vermissen lassen. Die Sanierung der Weidenhäuser Brücke ohne die Markierung von Fahrradschutzstreifen zeugt davon. Stattdessen hat der Verkehr auf der Stadtautobahn, insbesondere von LKWs, sogar stark zugenommen und beeinträchtigt die Lebensqualität der Anwohnenden erheblich. Das bedeutet, dass wir weiterhin Anstrengungen unternehmen müssen, um eine deutliche Reduzierung des Autoverkehrs in Marburg zu erreichen. Maßnahmen wie den in den vergangenen Jahren diskutierten Allnatalweg oder den Behring-Tunnel lehnen wir daher entschieden ab.

Wir GRÜNE wollen:

- keine zusätzlichen und keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt und stattdessen eine regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der Parktarife;
- den Autoverkehr in der Oberstadt, insbesondere in der Barfüßerstraße, weiter reduzieren. Dazu sind unter anderem regelmäßige Kontrollen in der Fußgängerzone nötig. Der Einsatz automatisch absenkbarer Poller könnte dabei in einigen Bereichen ein sinnvolles Instrument sein;
- einen erneuten Anlauf für einen gemeinsamen Lieferverkehr in der Oberstadt machen und gleichzeitig sicherstellen, dass weite Teile der Oberstadt als Fußgängerzone erhalten bleiben;
- eine Verringerung der Verkehrsflächen für den ruhenden und fließenden Autoverkehr zugunsten von Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV;
- das Parken in Parkhäusern gegenüber dem Parken im Straßenraum durch geeignete Preisstaffelung attraktiver machen, um mehr Raum für den Fuß- und Radverkehr zu schaffen;
- für Marburg spezifische Shared-Space-Bereiche, verkehrsberuhigte Zonen und Spielstraßen unter Einbeziehung des Behindertenbeirates entwickeln;

- Anreizsysteme für die Abmeldung von und den Verzicht auf PKWs einführen, z.B. in Form von Förderprämien oder einem kostenlosen Jahresabonnement für den ÖPNV sowie für die Anschaffung von E-Fahrrädern oder Lastenfahrrädern;
- Park&Ride-Systeme (PVR) so attraktiv wie möglich gestalten, durch kostenloses Parken und kostenlose Fahrt mit dem Bus in die Innenstadt, wetterfeste Warteräume, gesicherte Radabstellanlagen, Lademöglichkeiten für E-Bikes und Elektroautos sowie die Bereitstellung von Mietfahrrädern;
- Elektromobilität fördern und daher die notwendige Ladeinfrastruktur, insbesondere auch in den Außenstadtteilen, schaffen;
- die Schaffung neuer und direkt an die B3 angebundener Parkflächen am Rande der Innenstadt, z.B. an der alten Universitätsbibliothek und in der Nähe des Hauptbahnhofs. Parktickets dienen dabei gleichzeitig zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV im Innenstadtbereich;
- den Umbau der Verkehrsanbindung des Schulzentrums in der Leopold-Lucas-Straße durch Schaffung von breiten Fußwegen und Sperrung der Straße in der Zeit von 7:00 bis 16:00 Uhr für den Autoverkehr sowie eine langfristige Umgestaltung unter Beteiligung der Schulgemeinden zu einem Schulcampus;
- Umbau der Leopold-Lucas-Straße zu einer Fahrradstraße;
- das Carsharing als umweltverträglichste Form der Autonutzung durch die Bereitstellung weiterer Stellplätze in der Innenstadt und dort, wo sie gebraucht werden, weiter fördern;
- Etablierung von Carsharing auch in den Außenstadtteilen;
- Einführung von PKW-Mitnahmesystemen (durch Apps etc.) als Ergänzung des ÖPNV zur attraktiveren Versorgung der Außenstadtteile und darüber hinaus;
- Tempolimits auf der Stadtautobahn: Tempo 80 für PKWs und Tempo 60 für LKWs;
- Tempo 30 auch auf klassifizierten Straßen in der Innenstadt und in Wohngebieten, z.B. in der Biegenstraße, Deutschhausstraße, Frankfurter Straße, Universitätsstraße und Schwanallee;
- Einführung von temporären 30er-Zonen (22:00 – 6:00 Uhr), z.B. im Marbacher Weg oder in der Großseelheimer Straße;
- Bund und Land weiter mit Nachdruck auffordern, entlang der B3 in Marburg eine Lärmschutzwand mit transparenten Abschnitten bei Brücken (z.B. am Hauptbahnhof), zu errichten;

- ergebnisoffen über die Zukunft der Marburger Stadtautobahn und mögliche bauliche Alternativen diskutieren;
- Marburg zur (fast) abgasfreien Stadt entwickeln.

Den ÖPNV noch attraktiver gestalten

Zur Realisierung einer ökologisch nachhaltigen Verkehrswende gehört eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Hier steht in der Entwicklung eine neue Generation von Bussen mit Elektro- und Brennstoffzellenantrieb am Start. Dass der ÖPNV weiter ausgebaut werden muss und dafür auch neue Wege beschritten werden müssen, lehren uns nicht nur die vollen Busse, sondern auch der nach wie vor dichte PKW-Verkehr. Wir wollen die Attraktivität des ÖPNVs steigern, zum einen durch Verdichtung der Taktzeiten, zum anderen aber auch durch eine bessere Nutzbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass andere Verkehrsbetreiber, z.B. die Deutsche Bahn, der gesetzlichen Verpflichtung der Barrierefreiheit nachkommen. Der Marburger Südbahnhof muss endlich zügig barrierefrei werden! Nur so ist der Bahnhof für alle Bürger*innen eigenständig ohne Hilfe Dritter nutzbar.

Für eine Weiterentwicklung des ÖPNV in Marburg sind auch neue Ideen gefragt. Es muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie der Transport der wachsenden Zahl von Studierenden, Beschäftigten, Patienten*innen und Besucher*innen auf die Lahnberge sowie von Arbeitnehmer*innen zu den Pharmastandorten in Marbach und Görzhausen bewältigt werden soll. Hier wollen wir Lösungen finden, die schnelle Verbindungen und hohe Kapazitäten herstellen. Es ist im Interesse Marburgs, den Ausbau des ÖPNVs auch über die Stadtgrenzen hinaus zu unterstützen. Insbesondere die diskutierten Reaktivierungen der Salzböde- und Ohmtalbahn haben eine große Relevanz für Marburg. Gleiches gilt für den Ausbau der Oberen Lahntalbahn.

Wir GRÜNE wollen:

- eine gesteigerte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch einen noch attraktiveren Busverkehr;
- eine weitere Verbesserung der Taktfolge, insbesondere bei den Linien auf die Lahnberge, zu den Pharmastandorten in Marbach und Görzhausen, aber auch in die Außenstadtteile;
- eine engere Nahverkehrstaktung mindestens alle 15 Minuten in die großen Stadtteile Cappel, Marbach, Ockershausen, Richtsberg und Wehrda sowie mindestens alle 30 Minuten in die Außenstadtteile;

- eine bessere Bustaktung durch Überlappung der Linien innerhalb der Innenstadt zur optimalen Anbindung aller Kernstadtbereiche;
- schnelle Busverbindungen zwischen den großen Stadtteilen Cappel und Wehrda und der Innenstadt z.B. durch Nutzung der B3 schaffen;
- Einführung eines Ringbusverkehrs durch die westlichen Stadtteile mit Anbindung des Görzhäuser Hofes und des Hauptbahnhofs;
- Einführung eines Ringbusses für die östlichen Stadtteile unter Einbeziehung der Lahnberge;
- Modellversuche zum fahrscheinlosen ÖPNV etablieren, um die Nutzung des Busverkehrs attraktiver zu machen;
- eine höhere Taktung auch in Tagesrandzeiten und am Wochenende, z.B. samstags;
- Barrierefreiheit im System für alle. Abbau von Nutzungsbarrieren durch mehr Platz für Kinderwagen, Rollatoren und Fahrräder durch größere Mehrzweckbereiche in den Bussen;
- Erhöhung der Kapazitäten zur Mitnahme von Fahrrädern auf die Lahnberge und in den Stadtwald;
- Einführung von Bussen der neuesten technologischen Generation (Elektro- und Brennstoffzellenantrieb), sowie Erhöhung des Fahrkomforts u.a. durch bequeme Sitze und funktionierende Klima- und Belüftungsanlagen;
- wetterfeste Wartehäuschen an den Haltepunkten, Verbesserung der Warteinfrastruktur;
- bessere ÖPNV-Anbindung der Außenstadtteile und Höhenlagen durch abgestimmte Linienführung, Taktverdichtung und Ausbau des AST-Angebots;
- Schaffung eines kostenlos nutzbaren Nachtbusverkehrs an Wochenenden und unter Einbeziehung der Stadtteile;
- die Steigerung der Attraktivität von Buslinien und Zugstrecken, die Marburg mit den Nachbargemeinden verbinden, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und dem RMV;
- eine Verbesserung der Einbindung Marburgs in das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn, z.B. durch eine höhere IC- und ICE-Frequenz mit Halt in Marburg;
- eine Verbesserung der Bahnverbindung nach Kassel und Frankfurt in entsprechend gut ausgebauten Zügen, die insbesondere auf der Linie RE98 auch den hohen Passagierbedarfen gerecht werden;
- die Initiativen und Untersuchungen zur Reaktivierung der Salzböde- und Ohmtalbahn und einen Ausbau der Oberen Lahntalbahn unterstützen;
- eine häufigere Durchbindung der Burgwald- und Oberen Lahntalbahn bis Marburg Süd;

- Prüfung zusätzlicher Haltepunkte des Bahn-Regionalverkehrs im Bereich „Marburg Mitte“ auf Höhe der alten Universitätsbibliothek, in Gisselberg und am Kaufpark in Wehrda.

Marburgs Arbeitsplatzschwerpunkte besser anbinden

Durch den weiteren Ausbau am Standort Görzhausen werden mehr Beschäftigte dort tätig sein. Es muss gelingen, die Mitarbeiter*innen zu motivieren, nach Möglichkeit auf die Nutzung des eigenen Pkws zu verzichten und stattdessen intelligente Mitfahrssysteme zu entwickeln und anzuwenden. Dafür muss der ÖPNV so gestaltet werden, dass er von den Mitarbeiter*innen effektiv genutzt werden kann; Entwicklung von Radwegen aus der Innenstadt und den umliegenden Stadtteilen und dem Landkreis gilt es forciert zu planen.

In den Fachbereichen der Universität auf den Lahnbergen und im Klinikum gibt es bereits jetzt mehrere tausend Beschäftigte. Täglich pendeln außerdem tausende Studierende zwischen Stadt und Lahnbergen. Viele Menschen aus Marburg und dem Umland werden stationär oder ambulant im Klinikum behandelt. Daraus resultiert schon jetzt ein großes Verkehrsaufkommen. In Stoßzeiten transportieren die Stadtbusse bis zu 600 Personen in der Stunde auf die Lahnberge oder zurück. Die Parkplatzkapazitäten am Klinikum sind bereits ausgeschöpft. Dabei wird es nicht bleiben; die Erweiterung des Universitätsstandorts Lahnberge dauert an, weitere Entwicklungsschritte befinden sich in Planung. Der Bedarf an schnellen und ausreichenden Transportmöglichkeiten wird also noch zunehmen.

Da die Universitätsverwaltung, das Hörsaalgebäude sowie der Universitätscampus der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften sich weiterhin in der Kernstadt befinden, besteht die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verbindung zwischen der Kernstadt und den Lahnbergen. Diese wird durch Busse und Radverkehr allein nicht erreicht werden können. Der Busverkehr auf die Lahnberge ist an seiner Kapazitätsgrenze angelangt. Auch die nicht unsinnige Umstellung auf Oberleitungsbusse wird die Kapazitätsprobleme nicht nachhaltig lösen können. Daher ist es notwendig, eine offene Diskussion über mögliche alternative Verkehrsträger zu führen, die insbesondere schnelle und attraktive Verbindungen schaffen und hohe Kapazitäten ermöglichen. Als einen Baustein zur Lösung dieser großen Aufgabe haben wir Grüne schon früh den Bau einer Seilbahn von der Innenstadt bis zum Klinikum auf dem Lahnbergen vorgeschlagen. Wir sind allerdings nicht auf einen einzigen Verkehrsträger festgelegt. Zentral ist die Ermöglichung attraktiver Verbindungen und hoher Kapazitäten.

Fußverkehr stärken und attraktiv gestalten

Zu Fuß gehen ist die natürliche und ursprüngliche Art der Fortbewegung und zugleich die gesündeste. Fußgänger*innen im Mobilitätssystem der Stadt sind im Konfliktfall aber die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Deshalb müssen ihre Interessen bei der Verkehrsplanung und vor allem bei der Quartiersplanung Priorität haben. Dies wollen wir weiter vorantreiben und die Interessen von Fußgänger*innen sowie die Barrierefreiheit und Freizeitaspekte bei Baumaßnahmen berücksichtigen.

Außerdem gehört zur Verbesserung des Fußverkehrs die Optimierung der Durchwegung von bebauten Gebieten. Soweit dies möglich ist, sollten für Fußgänger*innen kürzere Wegebeziehungen geschaffen und die Attraktivität der Wegstrecken zu den in Marburg viel besuchten Zielen erhöht werden.

Wir GRÜNE wollen:

- Wegebeziehungen für den Fußverkehr verbessern und den Fußgänger*innen sichtbar machen, z.B. durch Schaffung weiterer Querungsmöglichkeiten;
- die Sicherung ausreichend häufiger und langer Grünphasen für Fußgänger*innen an Ampeln;
- die Schaffung breiter Gehwege;
- sichere Fußwege und Treppen durch Nachrüstung mit Geländern und Markierung von Stufen;
- die Reduzierung von Rollwiderständen zum Vorteil für Rollstuhl-, Rollator- und Kinderwagennutzer*innen;
- den weiteren Ausbau von Orientierungssystemen und Bodenleitstrukturen für Menschen mit Sehbehinderung in Marburg;
- Begrünungsmaßnahmen und die Schaffung bedarfsgerechter Sitzangebote;
- Angsträume in den Wegebeziehungen abbauen;
- die Konfliktpotenziale des Fußverkehrs mit dem Radverkehr minimieren, z.B. durch eine Trennung der Verkehrsbereiche.

Radverkehr mit Nachdruck fördern

Unser Ziel ist es, den Radverkehr in Marburg noch attraktiver zu gestalten. Dazu wollen wir das bestehende Radverkehrsnetz erweitern und verbessern. Hierbei geht es vorrangig um den Alltagsverkehr zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zu Veranstaltungen etc.

Elektromobilität bedeutet nicht zuletzt auch die Nutzung von Pedelecs, Elektrofahrrädern und E-Lastenrädern. Diese werden von immer mehr Menschen genutzt und dafür braucht es sichere Abstellplätze und ein gut ausgebautes Radwegenetz.

Der Anbindung der Stadtteile gilt unser besonderes Augenmerk. Grundsätzlich soll der Radverkehr bei allen Neuplanungen von Anfang an mitgedacht werden. Die wichtigen Ziele in der Stadt müssen durch Radwegebeziehungen verbunden werden.

Die Attraktivität des Radverkehrs soll durch Mitnahmemöglichkeit der Räder im Bus, eine Erweiterung und Verbesserung der Abstellmöglichkeiten vor allem an Bahnhöfen, Haltestellen, Veranstaltungsorten usw. sowie die Sicherstellung des Winterdienstes auch auf Radwegen gesteigert werden.

Wir wollen, dass der Fuß- und Radverkehr mehr Verkehrsraum in Marburg erhält. Der Weg in die Innenstadt mit dem Fahrrad oder zu Fuß muss attraktiver sein als mit dem Auto.

Wichtig zur Erreichung der Ziele ist auch eine Verbesserung des allgemeinen "Fahrradklimas" in der Stadt durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir GRÜNE wollen:

- eine direkte und beleuchtete Radverbindung von der Innenstadt zum Universitätscampus Lahnberge über den Alten Kirchhainer Weg;
- den Ausbau des Radwegenetzes auf dem Campus Lahnberge;
- eine attraktive und sichere Radanbindung der Pharmastandorte in Marbach und Görzhausen aus der Innenstadt und den Außenstadtteilen;
- Fahrradverbindungen durch die Schaffung eigenständiger Radwege zu den Arbeitsorten in der Marbach und Görzhausen: Radwege von der Emil-von-Behring-Straße nach Görzhausen sowie vom Rotenberg über den Sellhof und Wehrshausen nach Görzhausen und ab dem Stadtteil Haddamshausen einen durchgehenden Radweg nach Görzhausen;
- durchgängige, sichere Radverkehrsachsen durch die Innenstadt, z.B. Pilgrimstein – Rudolphsplatz – Schulstraße – Wilhelmstraße – Schulzentrum;
- mehr Sicherheit des Radverkehrs durch Trennung von Radwegen und Straßenverkehr und dort, wo es möglich ist, durch die Umwandlung bzw. den Rückbau von Straßen;

- eine schnellstmögliche Realisierung der Lahnbrücke zwischen Afföllerwiesen und Wehrdaer Weg und deren Verbindung mit den bereits realisierten Teilstücken der Radwege im Lahnvorland;
- die Prüfung infrage kommender Straßen zur Ausweisung als Fahrradstraßen (bspw. Pilgrimstein);
- die Verbesserung der Verbindung Heinrich-Meister-Tunnel – Zimmermannstraße – Jägertunnel;
- eine weitere Verbesserung der Verbindung Lahnuferweg – Am Grün, insbesondere durch Sperrung letzterer Straße für den Autoverkehr;
- die Projektierung einer neuen Radverkehrsverbindung entlang des Cappeler Berges bis zum Südbahnhof;
- den Ausbau des regionalen Wegenetzes für den alltäglichen Radverkehr zur besseren Anbindung aller Außenstadtteile und des Umlands;
- Radschnellwege zur Stadt-Umland-Verbindung oder z.B. nach Gießen;
- eine verstärkte Erweiterung der Ampelanlagen um Radfahrrampeln. Dies trägt zum verbesserten Verkehrsablauf und zur Sicherheit des Verkehrs bei;
- die Beschleunigung des Radverkehrs durch die Abstimmung der Grünphasen auf den Radverkehr;
- die zügige Errichtung der geplanten Fahrradstation am Parkhaus Pilgrimstein, am Hauptbahnhof, auf dem Campus Lahnberge, an der neuen UB und an den Marburger Schulen, die wetterfest, diebstahlsicher sowie architektonisch und stadtgestalterisch attraktiv sind und Lademöglichkeiten für E-Fahrräder bieten;
- einen weiteren Ausbau von Abstellanlagen und Radboxen, u.a. an Park&Ride-Parkplätzen und Bushaltestellen;
- einen verstärkten Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrräder, weil sie eine Zukunftsoption für den Verkehr im bergigen Marburg sind;
- den Ausbau des Verleihsystems für Elektroräder;
- die Erarbeitung von Schulwegeplänen zur Radverkehrsnutzung;
- die Förderung der Beschäftigung mit Radtechnik an Schulen (Räder für Kids), z.B. im Rahmen des Pakts für den Nachmittag;
- die Unterstützung von Initiativen wie RADIKATE, welche die Fähigkeiten von Radfahrer*innen steigern, eigenständig ihre Fahrräder reparieren zu können;

- die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im ÖPNV verbessern, gerade in den Zeiten des Berufs- und Schüler*innenverkehrs;
- den Ausbau und die bessere stadträumliche Einbindung der Stationen des Mietrad-Systems, auch für Lastenräder;
- die im Radverkehrsentwicklungsplan der Stadt Marburg vorgeschlagenen Maßnahmen zügig umsetzen.

Wir Grüne in der Stadt Marburg waren von Anfang an gegen den Bau der Bundesautobahn 49 und haben dies durch verschiedene Initiativen deutlich gemacht. Leider ist die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung anderer Meinung und hat die Planungen und den Bau immer unterstützt. Wir akzeptieren die bislang erfolgten juristischen Entscheidungen, werden den Bau aber weiter kritisch begleiten, vor allem hinsichtlich der Eingriffe in den Wasserhaushalt und den Gewässerschutz. Wir unterstützen jeden friedlichen Protest und setzen uns für eine Deeskalation der Lage ein.

Grüne Sozialpolitik in Marburg: Für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe

Ziel grüner Sozialpolitik ist es, Marburg als lebenswerte Stadt mit einer hohen sozialen Kultur und einem inklusiven Klima weiter zu entwickeln. Allen Bürger*innen soll die Teilhabe daran ermöglicht werden. Minderjährige, benachteiligte, ältere u.a. Menschen sollen die Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie für ein soweit als möglich selbstbestimmtes und zufriedenstellendes Leben brauchen. Ihre individuellen Bedarfe dafür sind sehr unterschiedlich und erfordern deshalb eine Vielfalt von Hilfen und Unterstützungsmaßnahmen, die an ihren jeweiligen Möglichkeiten, Voraussetzungen und Fähigkeiten ansetzen. Gleichzeitig gilt es auch, sie vor Ausgrenzungen und Diskriminierungen zu schützen.

Kinder und Jugendliche

Unser Ziel ist es, positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen beim Aufwachsen unterstützen, besonders diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft, der Einkommenssituation ihrer Familie, ihres Geschlechts oder einer Behinderung in ihrer individuellen Entwicklung benachteiligt sind. Dafür wollen wir die Rahmenbedingungen in Marburg verbessern und eine zugewandte, liebevolle Erziehung in Familien, der Kindertagesbetreuung, der Jugendhilfe und den familienanalogen Einrichtungen der Erziehungshilfen ermöglichen. Der Sprache als zentraler Kompetenz für Teilhabe und Zusammenleben muss in der frühkindlichen Erziehung deutlich größere Beachtung geschenkt werden. Dies gilt vor allem für die Kinder, deren Eltern aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind und kein oder wenig Deutsch sprechen. Durch umfassende Elternarbeit muss dafür gesorgt werden, dass diese Kinder Krippen und Kindertagesstätten besuchen.

Die Digitalisierung und soziale Medien spielen heute eine große Rolle in der Lebenswelt von Kindern und die Digitalisierung aller Lebensbereiche wird zukünftig weiter zunehmen. Die damit verbundenen Probleme wie z.B. soziale Isolation der Kinder infolge übermäßigen Medienkonsums, die Überforderung von Kindern aufgrund altersunangemessener Inhalte, die mangelhafte Qualifikation und die daraus resultierende mangelnde Fähigkeit der Erziehenden, Kinder vor Gefahren zu schützen und kritisch-konstruktiv zu begleiten, werden jedoch vielfach nicht hinreichend wahrgenommen und reflektiert.

Wir GRÜNE wollen:

- ermöglichen, dass alle Kinder in Marburg Krippen und Kindertagesstätten besuchen, insbesondere auch Kinder aus Familien, die aus Kriegs- und Krisengebieten geflohen sind;
- zum einen die interkulturelle Qualität der privaten und öffentlichen Betreuungseinrichtungen und die erforderliche Anzahl von Plätzen sicherstellen, zum anderen eine intensive Zusammenarbeit mit Familien ermöglichen, die neu in Marburg sind. Dies kann in Kooperation mit Gemeinwesenprojekten oder Familienzentren erfolgen;
- Voraussetzungen schaffen, die es allen Kindern ermöglichen sollen, ihre jeweiligen Potentiale gut zu entwickeln. Dazu gehören frei verfügbare Zeit und offene Räume, die ihre Neugier, ihre Phantasie und ihre Sinne anregen, die sie selbst gestalten und in denen sie sich erproben können, in denen sie Neues, auch jenseits pädagogischer Vorgaben, in der Natur entdecken können;
- verstärkt Aktivitäten in der Natur fördern, sowohl für Familien als auch für Krippen und Kindertagesstätten, weil sie in besonderer Weise zu einem gesunden Aufwachsen beitragen und gleichermaßen helfen, einen wertschätzenden Umgang mit der Natur einzuüben;
- öffentliche Spielplätze verstärkt als Spielräume ausbauen und über die übliche Spielplatzmöblierung hinausgehende, naturbezogene Gestaltungsmöglichkeiten integrieren;
- bei Projekten zur Erneuerung oder Modernisierung von Spiel- und Bolzplätzen sowie ähnlichen Einrichtungen stark auf eine Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen sowie der Elternschaft setzen;
- die gezielte Förderung der sprachlichen Entwicklung und Verständigung aller Kinder, besonders jener aus Familien mit nur geringen oder keinen Deutschkenntnissen, ausbauen;
- Qualifikationsmöglichkeiten für Erzieher*innen und Fachkräfte der Betreuungseinrichtungen in den Themenbereichen Naturerleben, Spracherwerb, Umgang mit Medien, Diskriminierung und Rassismuskritik sowie die Erweiterung von Kenntnis und Umgang mit traumatisierten Kindern.

Jugendpolitik muss verstärkt die Schulen nicht nur als Orte der Wissensvermittlung, sondern ebenso als Orte in den Blick nehmen, wo Kinder und Jugendliche einen immer größer werdenden Teil ihrer Lebenszeit verbringen, soziale Beziehungen haben und ihre Persönlichkeiten in

Gemeinschaft mit anderen entwickeln. Schulen sind Orte, wo individuelle Probleme, aber auch Fähigkeiten und Begabungen wahrgenommen, Hilfe- sowie Förder- und Unterstützungsbedarfe erkannt und entsprechende Maßnahmen in die Wege geleitet werden können. Dafür muss es verstärkt Sozialpädagog*innen in den Schulen geben, erst recht vor dem Hintergrund der Entwicklungen hin zur Ganztagschule. Bei allem ist allerdings auch Sorge dafür zu tragen, dass genügend Freiräume für eigenständige und pädagogikfreie jugendliche Aktivitäten offengehalten bleiben.

Der im Jahr 2020 veröffentlichte Marburger Jugendbericht macht deutlich, dass die Heranwachsenden und jungen Erwachsenen sich nicht oder zu wenig von der Stadt und sogar von den für die Jugend zuständigen öffentlichen und freien Trägern wahrgenommen fühlen. Sie sehen ihre Bedarfe, ihre Fähigkeiten, Erprobungs- und Selbstgestaltungswünsche, ihre Neigungen und Vorlieben wie auch ihre Inszenierungsbedürfnisse im öffentlichen Raum ignoriert. Jugendliche brauchen offene und selbstverwaltete Räume, wo sie sich ohne Konsumzwang treffen können. Ihr Freizeitverhalten insbesondere im öffentlichen Raum darf nicht kriminalisiert werden.

Wir GRÜNE wollen:

- allen Jugendlichen einen offenen Zugang zu Teilhabe-, Erziehungs- und Bildungshilfen im Prozess des Erwachsenwerdens ermöglichen; auch ihre Familien müssen dabei einbezogen und entsprechend ihrem jeweiligen Bedarf unterstützt werden;
- die sozialpädagogische Arbeit in Schulen, die dazu beitragen soll, individuelle Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten bei den Kindern und Jugendlichen wahrzunehmen und die dafür erforderlichen Hilfe- sowie Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten, weiter ausbauen. Die Kooperation der kommunalen Jugendhilfe mit den Gemeinwesenprojekten und anderen freien Trägern der Jugendhilfe ist dafür unabdingbar;
- neue, vielfältige Formen der Kommunikation mit den Jugendlichen an jenen Orten, wo sie sich aufhalten – in Schulen, auf öffentlichen Plätzen wie den Lahnterrassen, auf Sportplätzen, im Internet usw. – auf den Weg bringen, um mit ihnen ihre Bedarfe und Wünsche zu klären, wie und wo diese umgesetzt werden können und wie dies möglichst ohne die bekannten Konflikte erfolgen kann;
- sicherstellen, dass das, was verhandelt wurde, auch eine Umsetzung erfährt. Wir streben eine partizipative Begleitung der neuen, gemeinsam erarbeiteten Projekte durch Streetworker*innen an.

Menschen mit geringem Einkommen, Menschen in Notlagen

Bürger*innen, die von Transferleistungen wie Hartz IV abhängig sind, deren Einkommen unterhalb oder nur wenig oberhalb der Armutsgrenze liegt, die wohnungslos sind usw. bedürfen oft ergänzender finanzieller Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhalts und für Teilnahmemöglichkeiten an den Freizeit- und kulturellen Angeboten der Stadt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Stadt Marburg neben den bisherigen Leistungen des Stadtpasses ergänzende Leistungen anbietet, bspw. die kostenlose Nutzung des ÖPNV, bessere Bedingungen für die Teilnahme am kulturellen Leben, an kulturellen Veranstaltungen und an Bildungsangeboten sowie Zuschüsse zur Miete, wenn Mieterhöhungen den Wohnungswechsel erzwingen. Zugleich müssen für die Reintegration von Menschen ohne Arbeit in den Arbeitsmarkt verstärkt Weiterbildungsmöglichkeiten, Praktika usw. angeboten werden. Für Jugendliche, die ohne Abschluss die Schule verlassen oder ihre Ausbildung abbrechen, gibt es bereits einige gute Ansätze, die weiter ausgebaut werden müssen.

Aufgrund steigender Mieten sehen sich immer mehr Menschen in Marburg in die Wohnungslosigkeit gedrängt. Aber auch infolge anderer Ereignisse, etwa einer Suchterkrankung, Trennung, Räumungsklage oder dem Verlust des Arbeitsplatzes verlieren viele Menschen jährlich ihre Wohnung. Für uns ist klar: Der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit ist erschwinglicher Wohnraum für alle Marburger*innen. Darüber hinaus müssen den Bedürfnissen von wohnungslosen Menschen entsprechende Angebote wie die gleichzeitige medizinische und psychotherapeutische Betreuung, die Bereitstellung von abschließbaren Rückzugsräumen oder die Möglichkeit der Unterbringung von Begleittieren weiter ausgebaut werden.

Die Corona-Pandemie hat all diese Probleme verstärkt und erfordert eine erhöhte Aufmerksamkeit der Stadt für die wachsenden Hilfebedarfe der Marburger Bürger*innen.

In Marburg gibt es nach wie vor eine große Nachfrage nach kostengünstigen und barrierefreien Wohnungen. Hier müssen verstärkt öffentliche Wohnungsbau-träger in die Pflicht genommen und Anreize für private Bau-träger geschaffen werden. Dabei ist auch sicherzustellen, dass keine Gentrifizierung erfolgt.

Wir GRÜNE wollen:

- ergänzende Leistungen für finanzschwache Marburger*innen wie die kostenlose Nutzung des ÖPNV, bessere Bedingungen für die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und Bildungsangeboten sowie Zuschüsse zur Miete;

- den Ausbau von Unterkünften und flexibel nutzbaren Wohnungen für die zeitweise Unterbringung von wohnungslosen Menschen;
- den Ausbau und die Ergänzung von Hilfe- und Beratungsangeboten durch aufsuchende Sozialarbeit;
- die bedarfsgerechte Sicherung des Kälteschutzes im Winter;
- den Ausbau der Zusammenarbeit mit und finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Trägern, z.B. beim Aus- und Umbau bestehender Unterkünfte;
- den Ausbau des Programms zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und die Rückkehr in eine eigene Wohnung;
- eine hohe Aufmerksamkeit für die sich in Corona-Zeiten verstärkenden Hilfebedarfe von Marburger Bürger*innen und zeitnahe Maßnahmen.

Menschen mit körperlichen, psychischen und kognitiven Einschränkungen

Für alle Menschen in Marburg – auch diejenigen mit körperlichen, psychischen und kognitiven Einschränkungen – muss die Chance gegeben sein, eine so weit wie möglich selbstbestimmte Lebensführung zu realisieren und aktiv am Leben in der Gesellschaft, an Freizeit- und Kulturangeboten teilzunehmen.

Wir GRÜNE wollen:

- die dafür erforderlichen barrierefreien Infrastruktureinrichtungen in öffentlichen Bauten (z.B. die Sanitäreinrichtungen im Erwin-Piscator-Haus), im Wegenetz, beim Wohnungsneubau und im ÖPNV voranbringen;
- bedarfsdeckende Assistenz- und Pflegeleistungen in der Kommune absichern;
- den bedarfsgerechten Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen mit neuen Initiativen, unterstützt durch die Stadt, erreichen;
- die Bedingungen für die Teilhabe aller Menschen am politischen Leben verstärkt in den Blick nehmen und alle dafür erforderlichen Maßnahmen schaffen/bereitstellen, z.B. einfache Sprache in Verwaltungsmitteilungen, leichte Sprache für Menschen mit Einschränkungen, erweiterte Zugänglichkeit für Sehbeeinträchtigte oder der Einsatz von Gebärdensprache;
- diese Teilhabemaßnahmen in Kooperation und mit Unterstützung des Behindertenbeirats und anderer Gremien und Verbände der Behindertenarbeit umsetzen.

Mit dem Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist die Stadt für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen bis zum Schulabschluss sowie für die erst im Alter hilfebedürftig gewordenen Menschen zuständig. Damit wurden die Möglichkeiten verbessert, die Hilfeleistungen deutlicher und unbürokratischer unmittelbar an den Bedarfen der Betroffenen zu orientieren.

Wir GRÜNE wollen:

- die Kooperation der Stadt mit den Betroffenen und den beteiligten freien Trägern für die Planung des Sozialraums und die Entwicklung der Hilfestrukturen insgesamt vorantreiben;
- die Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen öffnen.

Menschen im Alter

Nach ihrem Erwerbsleben nehmen Bürger*innen zunehmend an der Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens teil. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der lebendigen und kreativen Zivilgesellschaft der Stadt. Zumeist im fortgeschrittenen Alter lassen jedoch die dafür und für die Alltagsbewältigung erforderlichen Kräfte nach. Deshalb benötigen sie dann häufig ergänzende Hilfen. Alle jüngeren Umfragen zeigen, dass sowohl behinderte als auch ältere hilfebedürftige Menschen es in großem Umfang ablehnen, in Heimen zu leben. Sie wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung oder wenigstens in ihrem bisherigen Umfeld leben.

Wir GRÜNE wollen:

- sicherstellen, dass die für ein selbständiges Leben bei nachlassenden Kräften erforderlichen Hilfen zur Verfügung stehen;
- dafür Sorge tragen, dass neue Initiativen für haushaltsnahe Dienstleistungen auf den Weg gebracht werden, die wohnortnah abrufbar sind, damit ältere Bürger Teil einer Nachbarschaft bleiben können;
- statt der Schaffung neuer stationärer Einrichtungen den Ausbau ambulanter, quartiersbezogener Strukturen mit nachbarschaftlichen Hilfen und Angeboten vorantreiben, um Isolation und Vereinsamung zu verhindern;
- Begegnungs- und Engagementmöglichkeiten sowie gemeinsame Freizeitgestaltung (z.B. nach dem Bielefelder Modell) analog zu den bereits existierenden Nachbarschaftsprojekten und Initiativen der Bürger(selbst)hilfe weiter ausbauen;

- die Einführung eines Quartiersmanagements in allen Stadtteilen Marburgs, welches Treff-, Beratungs- und Hilfsangebote koordiniert und vermittelt;
- die Entwicklung von Quartiersstrukturen in Kooperation und mit Unterstützung der Ortsbeiräte und Gemeinwesenprojekte vorantreiben.

Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut geflohen sind

Menschen, die vor Verfolgung, Krieg oder Armut nach Deutschland geflohen sind, brauchen die Unterstützung der Stadt und der Stadtgesellschaft, besonders jene, die krank oder traumatisiert sind. Die Integration in das Leben der Stadt und die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens macht umfängliche Unterstützung erforderlich. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung. Wir wollen uns für Bleibeperspektiven und, im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, gegen Abschiebungen einsetzen.

Neben der Grundversorgung ist eine gute Sprachförderung sehr wichtig. Sie wird derzeit nicht ausreichend durch die mit dem Asylantrag und dem Aufenthaltsrecht verbundenen Pflichtveranstaltungen gewährleistet. Gute Sprachförderung sollte alle Gruppen erreichen, auch jene, die wenig Kontakt zum Leben in dieser Stadt haben, nicht erwerbstätig oder in Ausbildung sind. Mögliche Orte, um diese Menschen zu erreichen, könnten z.B. Krippen, Kindertagesstätten, Familienzentren, nachbarschaftlichen Frauentreffs usw. sein. Gleichzeitig muss aber auch jenen, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, ein spürbares Entgegenkommen in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern gezeigt werden. Hier sollen Verwaltungsmitarbeitende, die eine Sprache der Geflüchteten beherrschen oder Englisch sprechen, zur Verfügung stehen. Wichtige Dokumente sollen in verschiedenen Sprachen vorhanden sein.

Für die Teilhabe am Leben der in Stadt, z.B. beim Sport, in der Kultur oder in Vereinen sind neue Wege zu eröffnen, z.B. Patenschaften oder Vereinsmitgliedschaften. Zur Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens gehört wesentlich die Erwerbstätigkeit. Dafür bedarf es vielfältiger Formen der Unterstützung bei der Ausbildung und der Suche nach Arbeitsplätzen.

Wir GRÜNE wollen:

- den Ausbau der Hilfen für Traumatisierte, vor allem Kinder und Jugendliche;
- den Ausbau der Sprachförderung durch gezielte Angebote für spezifische Gruppen vor allem an Orten, wo diese sich aufhalten;

- die Förderung ehrenamtlicher Begleitstrukturen für die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten am Leben der Stadt;
- den Ausbau der Hilfen bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen;
- der hessischen Landesregierung und der Bundesregierung anbieten, zusätzliche Geflüchtete über die festgelegte Quote hinaus aufzunehmen.

Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung

Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat in Deutschland leider eine lange Tradition. Auch in Marburg sind Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder Religionszugehörigkeit, ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität vielfach Angriffen und/oder Diskriminierungen ausgesetzt. Das zeigt sich z.B. durch Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Anmietung von Wohnungen und bei der Behandlung durch Behörden. Weniger wahrgenommenen, aber nicht minder beklagenswert sind Formen von Demütigungen, Herabsetzungen und Erniedrigungen, die Menschen mit Behinderung, insbesondere auch Frauen oder People of Colour mit Behinderung erfahren. Unser aller Aufgabe ist: Zusammenstehen, Hinsehen, Einschreiten. Wir müssen als Stadt, als Gesellschaft und als Individuen Antirassist*innen sein, uns aktiv gegen alle Formen der Diskriminierung und Ausschließung von Menschen aus der Stadtgesellschaft einsetzen und unsere eigene Sozialisierung hinterfragen, um eine offene, rassismuskritische und tolerante Kommune zu schaffen.

Eine Antidiskriminierungs- oder Ombudsstelle im Rathaus wäre ein wichtiges Instrument, um im Sinne des Art. 3 des Grundgesetzes gegen alle Formen der Ausgrenzung vorzugehen und diese öffentlich zu thematisieren. Darüber hinaus kann sie Betroffene beraten, ihnen helfen, die für ihre Belange und Probleme zuständigen und qualifizierten Trägern/Einrichtungen zu finden und über Finanzierungsmodalitäten, Antragsstellungen usw. informieren. Die bereits durchgeführte Studie über Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen sollte ergänzt werden um eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung von Marburger*innen im Alltag und bei Behörden.

Um all diese Aufgaben wahrnehmen zu können, muss die interkulturelle Kompetenz der öffentlichen Bediensteten durch Fort- und Weiterbildungsangebote gestärkt werden. Bei all diesen Maßnahmen muss mit dem Ausländerbeirat kooperiert werden.

Wir GRÜNE wollen:

- eine Antidiskriminierungsstelle im Rathaus einrichten, die im Sinne des Art. 3 GG gegen alle Formen der Ausgrenzung vorgeht;
- eine wissenschaftliche Studie zu rassistischer Diskriminierung von Marburger*innen im beruflichen und außerberuflichen Alltag und bei Behörden;
- die Entwicklung von Konzepten, die von Kindereinrichtungen und Schulen genutzt werden können, um präventiv gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung zu arbeiten;
- die Förderung antirassistischer und interkultureller Initiativen, z.B. indem kostenfreie kommunale Räumlichkeiten dafür zur Verfügung gestellt werden;
- Fortbildungsangebote, die die interkulturelle Kompetenz und die Sensibilisierung für Rassismus stärken, für Mitarbeiter*innen öffentlicher und privater Träger ausbauen;
- in Absprache mit Betroffenenverbänden geeignete Gedenkorte für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt erarbeiten und ausbauen.

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung dienen vor allem der Prävention. Sie betreffen alle Personengruppen der Stadtgesellschaft und dürfen sich nicht alleine auf ihre individuelle Situation beziehen, sondern auch auf die Bedingungen und Verhältnisse, in denen sie leben. Wir unterstützen einen lebensweltlichen Ansatz, der die Ungleichheit der Ressourcen der Menschen in den Blick nimmt und die Möglichkeiten der Kommune, dem entgegenzusteuern.

Geringes Einkommen und mangelnde Nutzungsmöglichkeiten von Bildungsangeboten führen zu ungleichen Gesundheitschancen und geringerer Lebensdauer. Hier bedarf es gezielter Maßnahmen, um die Gesundheitsgefährdungen zu reduzieren. Dabei muss vor allem eine gesunde Ernährung, die körperliche Mobilität, der Zugang zu Versorgungssystemen und ihre Nutzung im Zentrum stehen.

Wir GRÜNE wollen:

- nicht belehren, sondern erfahrbar machen, wie gesunde Ernährung stattfinden kann, etwa durch die Öffnung der Beteiligungsmöglichkeiten an Projekten wie „Essbare Stadt“, Selbsterntefelder und interkulturelle Gärten. Die damit verbundene familiäre Selbstversorgung wirkt sich auch ökonomisch aus;

- die Möglichkeit eröffnen, dass wohnortnah Ökobauernhöfe entstehen, die nicht nur sichtbar und erfahrbar machen, wie gesunde Nahrungsmittel entstehen, sondern deren Produkte man auch vor Ort kaufen kann;
- den Ausbau von Streuobstwiesen, auch mit alten resistenten Sorten, und ihre umfänglichere Nutzung vorantreiben und damit nicht nur die Geschmacksvielfalt der Früchte erfahrbar machen, sondern auch ein besseres Verständnis darüber fördern, was regionale und saisonale Versorgung bedeuten;
- in allen Quartieren der Stadt vielfältige Bewegungsmöglichkeiten für alle Generationen schaffen, die zum Bewegen anregen und Kindern als Naturerfahrungsräume dienen, die sie sich selbst aneignen und „erobern“ können. undefinierte Freiflächen wie jene an der Lahn haben dies bereits gut eingeleitet;
- die vorhandenen Sport- und Bewegungsräume in Schulen, bei Vereinen u.a. besser und effizienter nutzen für passgenauere, attraktive und wohnortnahe Angebote und Bedarfe, um insbesondere Kindern, Jugendlichen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen erleichterte Zugänge zu Bewegungsangeboten (vor allem auch im Winter) zu bieten und Integration zu fördern;
- in den zentrumsfernen Stadtteilen einen erleichterten Zugang zu medizinischer, psychologischer und physiotherapeutischer u.a. Versorgung schaffen durch die Bereitstellung von Räumen für ambulante Sprechstunden, angeboten durch ein Netzwerk an Mediziner*innen und Therapeut*innen.

Lebendige Demokratie in Marburg: Bürger*innenbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement

Wir stehen für eine lebendige Demokratie, in der sich die Bürger*innen auf unterschiedliche Weise an der Gestaltung der Stadt und dem städtischen Leben beteiligen.

Auch wenn sich die Formen lebendiger Demokratie vielfach überschneiden, sehen wir drei Grundstrukturen der Bürger*innenbeteiligung.

Bürger*innenbeteiligung findet zum einen in der Form statt, dass die Bürger*innen aus ihren Reihen ihre Vertreter*innen für das Stadtparlament wählen. Mit der Wahl dieser **Repräsentant*innen der Bevölkerung** verbunden ist der Auftrag, über die für die Stadt wichtigen Maßnahmen und über die dafür bereitzustellenden Mittel zu entscheiden sowie deren Umsetzung durch die Stadtregierung zu kontrollieren. Alle fünf Jahre wird in der Kommunalwahl entschieden, ob die zuletzt gewählten Stadtverordneten dem Auftrag der Bürger*innen entsprochen haben, ob sie die Begehren und Vorstellungen der Bürger*innen hinreichend wahrgenommen und in das Parlament eingebracht haben oder nicht. Entsprechend wählen die Bürger*innen das neue Stadtparlament.

Lebendige Demokratie findet jedoch nicht nur in Form der Wahl von Repräsentant*innen der Bürger*innen statt, sondern auch in Formen einer **direkten Beteiligung** der Bürger*innen. Sie ist bisher in unterschiedlichen, oft auch spontanen Formen erfolgt, wenn z.B. eine von einer geplanten Maßnahme im öffentlichen Raum betroffene Gruppe sich gegen diese engagiert und dafür zu Demonstrationen, Unterschriftenlisten usw. aufgerufen hat, um bei den Entscheidungsträger*innen Änderungen zu erreichen. Mitunter haben sich Gruppen von Bürger*innen, welche die Entwicklung bestimmter Politikbereiche kritisch begleitet haben, auch durch Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats gebildet und für ihre Änderungsvorschläge so öffentliches Gehör gefunden.

In jüngerer Zeit geht es darum, eine systematische Struktur für Bürger*innenbeteiligung zu entwickeln. Wir wollen eine Form der Beteiligung, welche den Bürger*innen Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet und sie nicht nur zu Empfängern von Botschaften der Stadtregierung macht. Sie soll die von Bürger*innen vorgetragenen Alternativen ernstnehmen und neu andenken, denn nur, wer andere Perspektiven zu verstehen bereit ist, kann sich auf demokratische Aushandlungsprozesse einlassen und schafft somit eine aktive Stadtbevölkerung.

Für eine solche mitgestaltende Bürger*innenbeteiligung sind selbstverständlich bestimmte rechtliche Vorgaben und Kriterien einzuhalten.

Wir GRÜNE wollen:

- eine rechtzeitige Information über wichtige Projekte und Planungen der Stadt, die die Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Stadtparlament erstellt, fortlaufend aktualisiert und öffentlich macht. Beispiele sind große städtebauliche Maßnahmen, Umweltmaßnahmen, z.B. Windkraftbau, Lärmreduzierung, Radwegeausbau u.a.;
- eine niedrigschwellige, barrierefreie Ansprechstelle einrichten, die nicht nur für die Entwicklung und Organisation von Bürger*innenbeteiligungsstrukturen zuständig ist und vorrangig die Interessen der Verwaltung vertritt, sondern für alle Fragen der Bürger*innen zu diesem Komplex offen ist sowie den Bürger*innen Antworten anbietet und Vernetzungen ermöglicht;
- konkrete Bürger*innenbeteiligungsvorhaben durchführen, wenn der Magistrat, die Verwaltung, das Stadtparlament, Ortsbeiräte, das Kinder- und Jugendparlament, der Ausländerbeirat, der Seniorenbeirat oder der Behindertenbeirat dies beantragen. Bei Zustimmung durch das Stadtparlament können dann die erforderlichen Mittel für die Durchführung des Beteiligungsverfahrens bereitgestellt werden;
- konkrete Bürger*innenbeteiligungsvorhaben durchführen, wenn mindestens 1.000 Unterschriften für eine Bürger*innenbeteiligung bei einem bestimmten Vorhaben gesammelt wurden;
- bei Großprojekten, deren Planung und Umsetzung oft viele Jahre dauert, nicht nur ein einmaliges Beteiligungsverfahren stattfinden lassen, sondern die Bürger*innen in Abstimmung mit sachverständigen Vertreter*innen aus dem Stadtteil und/oder in der Sache aktiven Gruppierungen kontinuierlich über die verschiedenen Planungsphasen hinweg beteiligen;
- Beteiligungsprozesse klar und verbindlich gestalten. Durch im Stadtparlament zu beschließenden Leitlinien, die festschreiben, was ein Beteiligungsprozess beinhalten muss und was mit den Beteiligungsergebnissen geschehen soll, muss dies sichergestellt werden.
- die demokratische Teilhabe von ausländischen Mitbürger*innen weiterhin durch den Ausländerbeirat sichern. Die Einrichtung einer Integrationskommission kommt für uns nicht infrage.

Lebendige Demokratie und Bürger*innenbeteiligung finden schließlich auch in Form von bürgerschaftlichem Engagement statt. Das bürgerschaftliche, freiwillige Engagement entspringt der individuellen Initiative Einzelner oder selbst konstituierter Gruppen, die sich für ein von ihnen bestimmtes, dem Gemeinwohl dienendes Feld engagieren, für das sie Gestaltungsbedarf, -notwendigkeit und -möglichkeiten sehen und entsprechend ohne fremden Auftrag tätig werden wollen. Die Entwicklung unserer Gesellschaft in allen ihren Bereichen – der Politik, der Umwelt, der Kultur, dem Bereich des Sozialen, dem Sport usw. – ist ohne dieses freiwillige, kreative, unbezahlte Tätigwerden der Bürger*innen nicht denkbar. Jüngstes Beispiel dafür ist das Engagement in der Flüchtlingshilfe. Oft ist dieses bürgerschaftliche Engagement der Grundstein für wichtige dauerhafte und professionelle Strukturen, z.B. in der Jugendhilfe oder der Behindertenarbeit. Um diese lebendige Demokratie zu erhalten setzen wir in Zeiten erstarkender antidemokratischer Kräfte auf eine stabile Finanzierung für Demokratie- und Teilhabeprojekte. Dazu braucht es demokratiefördernde Bildungsangebote und Extremismusprävention auch außerhalb des schulischen Kontexts.

Auf die vielen kreativen Impulse des bürgerschaftlichen Engagements für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft wollen wir Grüne nicht verzichten und die Bürger*innen dabei unterstützen.

Wir GRÜNE wollen:

- die Weiterförderung der Beratungs- und Begleitungsmöglichkeiten von Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen oder bereits engagieren durch die Freiwilligenagentur;
- kostengünstige bzw. kostenfreie Angebote für von Engagierten gewünschten Fortbildungsmaßnahmen;
- die Bereitstellung von Mitteln für dem Gemeinwohl dienende Freiwilligenprojekte, die nicht durch Spenden aufzubringende Kosten tragen können.

Gleichstellungspolitik in Marburg: Her mit dem guten Leben!

Grüne Sozialpolitik lebt von feministischen, auf Gleichstellung aller Geschlechter abzielenden Forderungen und ist bestrebt, diese konsequent umzusetzen. Unser Ziel ist es, Marburgs Status als offene, diverse Stadt zu verteidigen und neben der Diskriminierung von Menschen, die behindert werden, neben Altersdiskriminierung, Antisemitismus, Klassismus und Rassismus insbesondere auch der Diskriminierung, die auf Geschlecht und Sexualität zurückzuführen ist, keinen Raum zu bieten. In einem ersten Schritt sind deshalb allgemeingesellschaftliche Fortschritte zu forcieren: Für uns ist eine dezidierte Kritik an bestehenden Geschlechterstereotypen unabdingbar. Dabei ist es essenziell, nicht nur weibliche Rollenbilder zu hinterfragen, sondern insbesondere auch Männer in den Blick zu nehmen und einzubeziehen.

Wir GRÜNE wollen:

- die Einstellung männlicher Erzieher in den städtischen Kindertagesstätten unterstützen;
- Hospitationstage für Frauen bei der Feuerwehr etablieren;
- Angebote zur Entwicklung einer aktiven Vaterschaft unterstützen;
- eine kritische Auseinandersetzung mit stark ungleichen Besetzungen in städtischen Gremien;
- Monitoring des Redeverhaltens bei städtischen Veranstaltungen und Gremien;
- Angebote für Frauen im Bereich Finanzen und Digitales, um Unabhängigkeit zu fördern und u.a. Altersarmut entgegenzuwirken.

Ebenso wichtig wie die gesamtgesellschaftliche Sichtbarkeit von gleichstellungspolitischen Fragen ist es, Frauen und Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans, Inter, und Queers (LSBTIQ) Schutzräume zu bieten und das Schweigen über geschlechter- bzw. sexualitätsbezogene Diskriminierung zu brechen; bestehenden Strukturen wollen wir Entwicklungsspielräume ermöglichen und deren Bestand sichern.

Wir GRÜNE wollen:

- Benennung einer Ansprechperson für LSBTIQ in Jugendamt und Stadtverwaltung. Dieser Aufgabenbereich soll durch eine dafür geschaffene Stelle mit fester Mittelzuweisung abgedeckt werden;

- Förderung der Selbstorganisation queerer Menschen vor Ort;
- Berücksichtigung von Gender/Sex in den Konzepten von Jugendhilfeeinrichtungen;
- Erinnerungskultur zu LSBTIQ;
- Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen des Jugend- und Einwohnermeldeamts;
- die Sensibilisierung städtischer Einrichtungen und freier Träger für die Bedarfe älterer LSBTIQ;
- Hygieneartikel in den sanitären Anlagen städtischer Einrichtungen;
- zusätzliche genderneutrale Toiletten bei Neubau/Sanierung seitens der Stadt bzw. Umbenennung vorhandener Männertoiletten in öffentlichen Gebäuden;
- Wickeltische in allen Toiletten.

Den Blick über den Tellerrand hinaus wollen wir nicht zuletzt auch durch vielfältige Bildungs- und Beratungsangebote fördern. Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit der freien Träger im sozialen und kulturellen Bereich und ermutigen sie, kreative und innovative Konzepte zu entwickeln, welche Gleichstellung in der Stadt als partizipative Angelegenheit begreifen und vermitteln. Darüber hinaus wollen wir schon in der frühkindlichen Bildung Konzepte zur kritischen Reflektion von Geschlechterbildern unterstützen.

Wir GRÜNE wollen:

- einen Fachaustausch mit unseren (inter-)nationalen Partnerstädten zum Thema Gleichstellung;
- den zusätzlichen Erwerb nicht stereotyper Literatur in Kindertagesstätten;
- eine Wiederholung des Frauenmentorings der Stadt;
- verwaltungsinterne Fortbildungen für Frauen (z.B. zum Thema Selbstbehauptung).

Als familienfreundliche Stadt wollen wir die Teilhabe von Familien weiter verbessern. Wir sehen das Thema als Querschnittsthema, welches bei diversen Anliegen mitberücksichtigt werden muss; wir sehen Familie dabei als vielfältiges Gebilde mit ganz unterschiedlichen Lebensrealitäten, welche Eingang in städtische Konzepte finden sollen. In Zukunft wollen wir den Blick stärker auf Betreuung während ehrenamtlicher Tätigkeit sowie städtischer Veranstaltungen richten.

Für eine familienfreundliche Gestaltung von Gremienarbeit und Teilnahme an städtischen Veranstaltungen muss eine adäquate Kinderbetreuung nach den Bedürfnissen der Betroffenen sichergestellt werden. Dazu sollen Veranstaltungskonzepte genau betrachtet und, wenn nötig,

angepasst werden. Eine geschlechtersensible Analyse der Teilnahmen an Veranstaltungen kann hier eine Möglichkeit sein. Die Erfahrungen mit den coronabedingten Einschränkungen von Veranstaltungen und die damit verbundene Verlegung ins digitale bzw. die Ergänzung von Veranstaltungen durch digitale Teilnahme wollen wir nutzen, um Personen in Betreuungssituationen eine angemessene Teilhabe zu ermöglichen.

Wir GRÜNE wollen:

- bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie durch angepasste Sitzungszeiten;
- Betreuungsangebote/-zuschuss bei städtischen Veranstaltungen, Gremien und im Ehrenamt;
- Veranstaltungen der Stadt auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen;
- Ausbau der Unterstützungsangebote für Alleinerziehende;
- Berücksichtigung von Familien bei größeren Infrastruktur- und Bauprojekten;
- Thematisierung von Gewalt unter der Geburt und Erarbeitung von Gegenstrategien.

Gerade für Frauen stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oft eine besondere Herausforderung dar. Um echte Chancengleichheit zu ermöglichen, wollen wir auch auf wirtschaftlicher Ebene ansetzen, um die Lücke zwischen den Geschlechtern im Berufsleben zu schließen – der Equal Pay Day markiert, bis zu welchem Tag im Jahr Frauen arbeiten müssen, um auf das gleiche Gehalt der männlichen Mitbürger zu kommen. Dies ist ein wichtiges öffentliches Zeichen, das uns klar auffordert, an dieser Stelle aktiv zu werden.

Wir GRÜNE wollen:

- die Beratung hinsichtlich Teilzeitarbeit und Unterstützung bei Wiederaufstockung;
- die Auslobung eines Equal-Pay-Preises, welcher vorbildliche Unternehmen auszeichnet;
- beratende Hilfen für Frauen am unteren Gehaltsrand;
- gendersensible und gleichstellungsorientierte Auftragsvergabe seitens der Stadt;
- Informationen zur Alterssicherung für Frauen;
- geschlechterdifferenzierte Auswertung von städtisch gewährten Betriebsrenten;
- Perspektivengespräche bei anstehender Elternzeit;
- eine städtische Vereinbarung zur Frauenquote in Aufsichtsräten;
- den Ausbau des städtischen Ausstiegsprogramms aus der Prostitution.

Trotz eines einsetzenden Wandels in der Gesellschaft ist Gewalt gegen Frauen noch immer ein massives Problem, welches auch in Marburg fortwährend thematisiert werden muss. Die Debatten um öffentliche und private Angsträume in den vergangenen Jahren zeigen den dringenden Handlungsbedarf; nicht zuletzt deshalb ist eine kostenfreie Rechtsberatung sowie Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt unabdingbar. Gemeinsam mit besonders vulnerablen Frauengruppen wollen wir mehr Selbstorganisations-, Partizipations- und Schutzräume erarbeiten. Dabei nehmen wir auch den Einfluss von Mehrfachdiskriminierungen auf die Bedarfe, z.B. von Frauen mit Migrationsgeschichte, in den Blick.

Wir GRÜNE wollen:

- gezielte Bildungsangebote schaffen;
- herkunftssprachliche Beratungen schaffen bzw. ausbauen;
- gemeinsam mit dem Frauenhaus und Fraueninitiativen Schutz vor Retraumatisierung bieten;
- in Zusammenarbeit mit Gynäkolog*innen das Thema Genitalverstümmelung sichtbar machen;
- eine Ausbildungsberatung für erwachsene, arbeitslose Frauen mit Fluchtgeschichte anbieten.

Darüber hinaus sind uns die Bedarfe von Mädchen und Frauen mit Behinderung ein wichtiges Anliegen. Denn wie auch Frauen mit Migrationsgeschichte haben sie mit Mehrfachdiskriminierung zu kämpfen, haben also zusätzliche Hindernisse im Alltag zu bewältigen. Die Thematisierung von Mehrfachdiskriminierung muss Basis jedes feministischen Einsatzes für Gleichberechtigung sein.

Wir GRÜNE wollen:

- einen Ausbau geschlechtsspezifischer Pflegeangebote;
- die Schaffung behindertengerechter Angebote des Frauenhauses sowie von Beratungsstellen;
- die Stärkung von Peer-Beratungsangeboten;
- Gewaltprävention und -intervention in Einrichtungen der Behindertenhilfe;
- die Fortsetzung des Projekts SUSE (Hilfe bei Gewalt gegen Mädchen/Frauen mit Behinderung).

Grundlegend ist ein hohes Maß an Selbstreflexion für uns Grüne sehr wichtig: Wir sind gerade deshalb auf den engen Austausch mit Betroffenengruppen, Initiativen und Verwaltungsmitarbeiter*innen angewiesen und stellen uns der Herausforderung, auch hier immer wieder neue Ansätze zu erproben und bestehende Angebote zu evaluieren.

Gesund leben in Marburg

Gesundheitsversorgung ist als Teil der Daseinsvorsorge eine wichtige öffentliche Aufgabe. Hierfür ist die Bereitstellung eines adäquaten niedrighschwelligem Zugangs und eine gute Erreichbarkeit für alle eine unabdingbare Voraussetzung. Die öffentliche Hand gemeinsam mit den Anbieter*innen von Gesundheitsleistungen hat dafür Sorge zu tragen. Gleichzeitig sind wir alle auch für unsere Gesundheit selber verantwortlich und müssen als mündige Patient*innen durch ausreichende Informationen die Möglichkeit haben, auf Augenhöhe mitzuentcheiden. Grundlage dafür ist eine gute Gesundheitskompetenz. Diese Kompetenz beschreibt alltagspraktisches Wissen und Fähigkeiten im Umgang mit Gesundheit und Krankheit, die primär über Kultur, Bildung, Erziehung und Herkunftserfahrung vermittelt bzw. weitergegeben werden.

Unser Marburger Universitätsklinikum stellt gemeinsam mit dem Diakoniekrankenhaus in Wehrda die stationäre Grundversorgung in der Region um Marburg sicher. Gleichzeitig ist das Universitätsklinikum Ort der Maximalversorgung und Spitzenmedizin, aber auch Ausbildungsstätte für angehende Ärzt*innen, Pflegenden, Physiotherapeut*innen und etliche andere Berufsgruppen.

Durch das gegenwärtige Finanzierungssystem ist es den Kliniken nahezu unmöglich, kostendeckend zu arbeiten. Hier sehen wir die Bundesebene in der dringenden Pflicht, die Kliniken besser auszustatten und so das Kliniksterben zu beenden. Wir halten die Privatisierung des Marburger Uniklinikums unter der damaligen Landesregierung von Roland Koch nach wie vor für falsch. Die Übernahme durch den Asklepios-Konzern werden wir kritisch begleiten. Dringend notwendig sind Pflegeschlüssel, um eine gute medizinische Versorgung zu gewährleisten. Gerade in der Zeit der Pandemie zeigt sich, dass an der personellen Ausstattung der Kliniken gespart wurde und dadurch der Versorgungsauftrag immer wieder gefährdet ist.

Den eigentlichen Versorgungsauftrag hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf. Aber auch die städtische Ebene kann und muss einen Beitrag dazu leisten, die Versorgung sicherzustellen. Eine gute Verzahnung der Versorgung von Kranken und Bedürftigen ist wesentlicher Bestandteil des Behandlungserfolgs. Wir wollen eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Versorgungssäulen – zwischen ambulanter und stationärer Ebene sowie zwischen den verschiedenen Gesundheitsfachberufen. Hier sollte der Dialog fest institutionalisiert werden.

Gerade außerhalb der Praxisöffnungszeiten bestehen oft große Unsicherheiten, wer nun der/die richtige Ansprechpartner*in für gesundheitliche Sorgen und Probleme ist. Diese Situation hat sich in der Pandemie noch verstärkt – bis hin zu Befürchtungen, vielleicht gar keine medizinische

Versorgung zu erhalten. Hier bedarf es mit städtischer Unterstützung besserer Aufklärung der Menschen, welche Stelle der Versorgung für sie die Richtige ist.

Wir fordern, in den Einrichtungen für Geflüchtete die Gesundheitsberatung zu verbessern – auch mit Hinblick auf notwendige Impfungen – und den Zugang zu einer guten Krankenversorgung sicherzustellen. Dies beinhaltet für uns elementar neben der somatischen auch eine psychotherapeutische Versorgung dieser so oft schwer traumatisierten Menschen. Unsere eigene Vergangenheit hat uns hier gelehrt, welche Auswirkungen Kriegstraumata auf die direkt Betroffenen und die folgenden Generationen haben.

Wir haben in Deutschland prinzipiell eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, doch es gibt auch bei uns Menschen, die durch das Netz fallen und keinen direkten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Hier möchten wir, dass in Marburg eine Clearingstelle mit einer ärztlich geleiteten Sprechstunde für Menschen im Asylverfahren, Menschen mit aufenthaltsrechtlicher Duldung und Menschen mit abgelaufenem Aufenthaltstitel und sogenannte Illegalisierte geschaffen wird.

Für ältere und alte Menschen gilt: Daheim statt im Heim. Die stadtteilbezogene und quartiersbezogene Unterstützung, um in eigener Häuslichkeit zu verbleiben, beinhaltet Angebote der Wohnraumversorgung, altersgerechtes Umbauen und neue Wohnformen. Eingerichtet werden sollten niedrigschwellige Betreuungsangebote, Alltagsbegleiter*innen, eine barrierefreie und bewegungsfördernde Gestaltung des öffentlichen Raumes und die Bewegungs- und Mobilitätsförderung älterer Menschen.

Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention lebensweltbezogen gestalten – z.B. in den Kindergärten und Schulen. Krippen und Kindergärten sollen als Familienzentren für die Eltern Möglichkeiten bieten, in den Austausch über verschiedene Themen wie Erziehungsfragen, Ernährung, Medienkonsum und die Wichtigkeit des freien Spieles zu kommen. Wir wollen partizipative Konzepte, z.B. einen „Naschgarten“ oder „Grün macht Schule“ mit der aktiven Einbeziehung der Kinder an der Schulhof- und Spielraumgestaltung fördern.

Auch Bewegung wollen wir durch stadtteilbezogene, gesundheitsfördernde Netzwerke in den Lebens- und Sozialräumen von Bewohner*innen fördern. Hier möchten wir an den von der Initiative „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“ geschaffenen Strukturen andocken.

Schwangere müssen ihren Geburtsort frei und selbstbestimmt wählen dürfen. Dass nach dem Aus der Geburtshilfe im Krankenhaus Biedenkopf dieser Bereich nun auch im Diakonie-Krankenhaus Wehrda geschlossen wurde ist ein schwerer Verlust für die Region. Neben der Geburt in der Klinik müssen auch Geburten zu Hause oder in Geburtshäusern möglich sein. Die weiter steigenden

Haftpflichtprämien erschweren den freiberuflich in der Geburtshilfe tätigen Hebammen den Beruf enorm. Mittlerweile wurde hier auf Bundesebene durch den Sicherstellungszuschlag zwar Entlastung geschaffen, trotzdem nimmt der Hebammenmangel vielerorts zu. Hier sehen wir weiterhin die Bundesebene in der Pflicht, den Hebammen eine finanzielle auskömmliche Arbeit und den Frauen eine freie Wahl des Geburtsortes zu ermöglichen. Solange die Bundesebene hier keine Regelung bereithält, ist die Kommune aufgefordert, die Hebammen finanziell zu unterstützen.

Wir GRÜNE wollen:

- Sicherstellung einer gut zugänglichen, wohnortnahen hausärztlichen Versorgung;
- Standortstärkung der Marburger Kliniken;
- bessere Verzahnung der stationären und ambulanten Versorgung;
- Unterstützung der Palliativmedizin und der häuslichen Sterbebegleitung;
- Schaffung einer Clearingstelle für Menschen ohne Zugang zum Gesundheitssystem;
- Programme für Kinder in Schulen und Kindertagesstätten zur Bewegungsförderung;
- finanzielle Unterstützung von Hebammen;
- im Rahmen geschlechtsspezifischer Gesundheitsangebote eine Aufklärungskampagne zum Thema Männergesundheit.

Sportstadt Marburg

Sport hält gesund, hilft, Freundschaften zu schließen, stärkt das Selbstbewusstsein, steigert die (Leistungs-)Motivation und hat eine hohe Integrationskraft. Marburg als Ort des Spitzen- und Breitensports, in dem vom Bundesligaspiel bis zum Feierabendsport alles zu finden ist, hat hier eine besondere Rolle, allen Ansprüchen mit begrenzten (räumlichen) Mitteln gerecht zu werden. Die Corona-Krise hat aufgezeigt, wie bedeutsam individuelle Sport- und Naherholungsmöglichkeiten sind, die unmittelbar und barrierefrei für alle Menschen dieser Stadt zugänglich sind. Ein immer stärker individualisiertes Bewegungs- und Freizeitverhalten der Bevölkerung befördert die Bedeutung offener, niedrighschwelliger Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum. Eine zukunftsfähige Sportpolitik muss dieser gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden. Teure, genormte Sporthallen sind hierzu nicht immer notwendig. Viele Marburger*innen sind nicht in Vereinen aktiv und treiben selbstorganisiert Sport (Laufen, Mountainbike, Yoga, Gymnastik, Fitnesstraining, Tanz, Inliner, Fußball etc.). Um möglichst vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder Bewegung und Begegnungen zu ermöglichen, werden wir uns für einen Masterplan für Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum einsetzen. Dieser Masterplan soll die Neu- und Umplanung von Sport- und Bewegungsflächen gemeinsam mit Bürger*innen vor Ort in den Blick nehmen.

Die Berücksichtigung sportlicher Freiräume im Stadtraum stellt auch neue Anforderungen an die Stadtplanung. Innerstädtische oder stadtnahe Räume, die derzeit noch im Bebauungsplan als Sport- oder Freiräume ausgewiesen sind, wollen wir deshalb möglichst erhalten, sichern und, wo sportlich und ökologisch vertretbar, in öffentlich nutzbare Sport- und Bewegungsparks und Treffpunkte für Jugendliche und Erwachsene umwandeln. Neben der Sporttauglichkeit müssen Sportanlagen auch den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Inklusion gerecht werden.

Für das spontane Mannschaftsspiel (Volleyball, Fußball etc.) werden wir uns dafür einsetzen, dass Freizeitspielfelder, die regelmäßig gepflegt werden, zur Verfügung stehen. Für den Laufsport, Inlineskating und für das (Mountain-)Radfahren wollen wir Wegesysteme im Grünbereich ausweisen, um etwaige Konflikte frühzeitig gemeinsam zu bearbeiten. So gilt es insbesondere bei der sportlichen Waldnutzung, alle Nutzer*innengruppen in einen Dialog zu bringen und ergebnisoffene Diskussionen zu ermöglichen. Für Sport im öffentlichen Raum wollen wir ein öffentliches, an die Bedürfnisse der Sportler*innen angepasstes Angebot ermöglichen. Hierzu zählt u.a. das Schaffen neuer Laufstrecken, die in der dunklen Jahreszeit beleuchtet werden. Über

ein im Internet aufgebautes Sportportal wollen wir der Bevölkerung alle Informationen zu Sport- und Bewegungsflächen im öffentlichen Raum umfassend zur Verfügung stellen.

Für uns Grüne ist die Unterstützung des Vereinssports wichtig. Die mietfreie Nutzung der Sportanlagen durch Vereine wollen wir weiterhin beibehalten. Dabei ist insbesondere in den Wintermonaten auf die besondere Situation der räumlichen Begrenztheit der Sporthallen Rücksicht zu nehmen. Hier ist es uns wichtig, gemeinsam im Dialog die Bedarfe zu erörtern und Lösungen zu finden.

Wir wollen darüber hinaus das Angebot zur Inklusion im Sport erhöhen, indem wir in möglichst allen Sportstätten Barrierefreiheit schaffen. Außerdem ist es uns ein Herzensanliegen, die vielfältigen Angebote der zahlreichen Sportvereine, die sich für die Integration von zugewanderten Menschen einsetzen, weiter zu stärken.

In Marburg haben wir trotz der Schließung vieler Schwimmbäder deutschlandweit immerhin noch zwei Hallenbäder. Neben dem großen Hallen- und Freibad bietet das Schul- und Lehrschwimmbad in Wehrda nach dem Ausbau sowohl vielfältige Möglichkeiten für Schulen und Vereine als auch ein Lehrschwimmbassin, in dem das Schwimmen erlernt werden kann. Neben dem Vereinssport bietet das Bad, insbesondere an Wochenenden, Zeiten für die öffentliche Nutzung. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass die öffentlichen Zeiten im finanziell verantwortlichen Rahmen ausgeweitet werden, damit das Bad mehr genutzt werden kann.

Die vorübergehende baubedingte Schließung des Hallenbads Aquamar zeigt uns, wie bedeutsam Schwimmgelegenheiten für Marburger*innen sind. Dass nun kaum öffentliches Schwimmen möglich ist macht deutlich, wie groß der Druck in Marburg auf öffentliche und frei zugängliche Schwimmmöglichkeiten ist. Hier muss mit der Neueröffnung des Aquamars ein Konzept entwickelt werden, das auch für Dauerschwimmer preiswerte Möglichkeiten findet, die finanzielle Barriere klein zu halten. Hierfür ist insbesondere ein räumliches Konzept notwendig, welches das Schwimmbassin von den Spaßbecken trennt.

Darüber hinaus nehmen wir die Tatsache mit Sorge wahr, dass immer weniger Kinder und Jugendliche in Marburg schwimmen können. Das muss dringend gestoppt werden. Deshalb wollen wir prüfen, inwiefern die Stadt Marburg die Schwimmvereine darin finanziell unterstützen kann, Schwimmkurse kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Zudem wollen wir eine entsprechende städtische Kampagne auf den Weg bringen, die diese Problemstellung aufgreift und für kostenfreie Schwimmkurse wirbt. Das Wasser der Lahn sollte eine Qualität erreichen, dass das Schwimmen hier nicht gesundheitsgefährdend ist. Wir wollen das Schwimmen in der Lahn

möglich machen. Schwimmen in Flüssen und Seen ist ein Naturerlebnis, das kein Schwimmbad ersetzen kann.

Wir GRÜNE wollen:

- ein Marburger Sportportal schaffen;
- einen Masterplan für Sport- und Bewegungsräume im öffentlichen Raum mit dem Ziel, gemeinsam eine zukunftsfähige Sportpolitik zu entwickeln, die vielen Menschen Zugang zu gesundheitsfördernder Bewegung und Begegnungen ermöglicht;
- den stetigen Ausbau von Bewegungsorten in der Stadt, in Wohnquartieren und auf Grünflächen. Dabei muss das Fachwissen der Universität (Fachbereich Sportwissenschaften) und des bsj genutzt werden;
- die Förderung inklusiver Sportangebote;
- kostenfreie Schwimmkurse für Kinder und eine Kampagne für das Schwimmenlernen;
- eine Ausweitung der öffentlichen Schwimmzeiten in Wehrda;
- ein Konzept für das Aquamar, das auch Dauerschwimmern preiswerte Möglichkeiten eröffnet;
- einen Dialog der vielen (sportlichen) Nutzer*innengruppen des Marburger Waldes schaffen, um trotz der unterschiedlichen Interessen tragfähige Lösungen zu erarbeiten;
- die Prüfung eines Flussschwimmbades in der Lahn.

Erlebnis Marburg: Nachhaltiger Tourismus

Marburg ist eine touristisch attraktive Stadt und lädt mit seiner schönen Umgebung und seinen Sehenswürdigkeiten zum Besuch ein: Marburgs Geschichte und das Kulturangebot zum Tagesausflug einerseits, das Lahntal zum Aktivurlaub andererseits. Deshalb haben insbesondere auch die Weiterentwicklung kultureller Angebote und die ökologische Stadt- und Landschaftsentwicklung eine hohe Bedeutung für die zukunftsorientierte Stärkung der touristischen Attraktivität. Die Nähe zum Rhein-Main-Gebiet und zum touristisch sich entwickelnden Nordhessen lädt dazu ein, nach Marburg zu kommen. In erster Linie lebt Tourismus aber auch von neuen Ideen und Innovationen. Ein wichtiges Stichwort für uns ist dabei der barrierefreie Tourismus. Und: Der Tourismus sollte nachhaltig gestaltet werden, sozial gerecht und kulturell angepasst, ökologisch tragfähig und wirtschaftlich sinnvoll sein. Mit diesem Anspruch wollen wir unseren örtlichen Tourismus gestalten und möglichst breit dafür werben.

Wir sind sicher, dass wir damit noch attraktiver nicht nur für inländische, sondern auch für internationale Gäste werden. Die Besucher*innen Marburgs sind häufig Familien und ältere Menschen, die sich für das besondere städtische Flair interessieren. Aber auch immer mehr internationale Gäste finden den Weg nach Marburg. Sie kommen als Tourist*innen oder als Kongress- bzw. Tagungsteilnehmer*innen für einige Tage. Für alle spielen die Besonderheiten der Stadt eine bedeutsame Rolle: Neben den einzigartigen Baudenkmalern wie dem Schloss, der Elisabethkirche und den mittelalterlichen Straßen und Häusern sind dies auch die besondere Landschaft und Lage. Marburg, eine Stadt am Berg umgeben von Bergen, eine Stadt der Treppen, eine Stadt, die öffentliche Aufzüge als Verkehrsmittel einsetzt – in Zukunft mithilfe moderner Antriebstechnologie. Diese Besonderheiten wollen wir besser verbunden und vernetzt sehen – mit Gastfreundschaft und Verständigungsbereitschaft, damit die Besucher*innen sich wohlfühlen und Marburg positiv und weltoffen erleben. Hierfür muss die nötige Infrastruktur durch eine inhaltliche Vernetzung der Ressourcen weiter verbessert werden.

Infrastruktur

Wir müssen an der Verkehrsanbindung ansetzen. Marburg ist mit dem Auto und der Bahn gut zu erreichen. Der Bahnhofsvorplatz ist neu gestaltet und bietet den mit der Bahn anreisenden Besucher*innen einen schönen Empfang. Gäste, die mit dem Fahrrad anreisen, finden jedoch beispielsweise am Bahnhof eine mangelhafte Infrastruktur vor. Hier müsste dringend ein

Fahrradparkhaus entstehen, das seinen Namen verdient und einen ähnlichen Komfort wie PKW-Parkhäuser bietet.

Auch zu Fuß kommen immer mehr Menschen nach Marburg oder verbringend wandernd eine schöne Zeit im reizvollen Marburger Umland. Hier fehlt es an einem einheitlichen Wegeleitsystem und offiziellen Wanderwegen. Touristische Attraktionen und Highlights, aber auch Kulturveranstaltungen sollten den Besucher*innen im Rahmen eines Leitsystems möglichst barrierefrei, das meint auch mehrsprachig, kommunizier- und erfahrbar gemacht werden. Marburg braucht auch eine BesucherCard: Eine Tageskarte, die einerseits Fahrschein für den ÖPNV und andererseits auch Eintrittskarte für die Marburger Museen und weitere Attraktionen wie z.B. den Kaiser-Wilhelm-Turm ist.

Wir GRÜNE wollen:

- ein mehrsprachiges, touristisches Besucherleitsystem, sowohl digital als auch analog einführen;
- die Barrierefreiheit in den Museen ausbauen;
- eine bessere Vernetzung der Marburger Highlights und Attraktionen;
- eine bessere Anbindung an das Schloss;
- eine BesucherCard, die über unterschiedliche Kanäle vermarktet wird, einführen.

Vernetzung

Marburg hat viele Museen und Sammlungen, die jedoch inhaltlich untereinander besser vernetzt, zeitgemäß erneuert und nach außen hin besser und einheitlich präsentiert werden müssen. Darüber hinaus ist das Schlossareal in seiner inhaltlichen Aufbereitung und Anbindung an die Museen unbedingt zu verbessern.

Die Geschichte Marburgs muss ansprechender präsentiert werden. Hierzu soll das Schloss ein kombiniertes Stadt- und Universitätsmuseum bekommen, in dem in Zusammenarbeit mit den Museen, den Schulen und der Universität Projekte etabliert werden, die das Areal zu einem erlebbaren Ort Stadtgeschichte und zu einem außerschulischen Lernort machen können. Hier sollte im Dialog mit der Universität und dem Land Hessen ein neuer Schub für das alte Gemäuer des Schlosses entstehen.

In den Marburger Museen und Sammlungen schlummert ein Potential, das nicht wirklich genutzt wird. Die Gründe sind organisatorischer oder kommunikativer Natur. Unser Ziel ist es, mehr gemeinsame Projekte, einheitliche Öffnungszeiten und einen gemeinsamen Auftritt – analog wie

auch online – im Sinne einer Dachmarke in Zusammenarbeit von städtischer Verwaltung, Universität und der „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ (MSLT) zu etablieren. Hier sind die Museen und MSLT gefordert, eine bessere Kommunikation der Museen untereinander und deren Präsentation gegenüber den Besuchern zu organisieren.

Wir GRÜNE wollen:

- eine Verbesserung des Schloss-Areals;
- das Schloss besser präsentieren und als außerschulischen Lernort etablieren;
- ein kombiniertes stadt- und universitätsgeschichtliches Museum im Schloss;
- eine Aufwertung und Verbesserung des Areals im Bereich der Aussichtsplattform am Kaiser-Wilhelm-Turm zur Schaffung einer neuen Aufenthaltsqualität (Bodenbelag, Sitzmöglichkeiten, Hinweisschilder);
- die Angebote und öffentlichen Auftritte der Museen vernetzen und Zusammenarbeit – insbesondere mit der Universität – stärken;
- eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Museen und der MSLT.

Nachhaltigkeit

Ein nachhaltiger Tourismus zeichnet sich insbesondere durch Wander- und Fahrradtourismus aus. Unser Ziel ist es, dass möglichst alle Ausflugsziele autounabhängig zu erreichen sind. Dazu ist einerseits der Fahrradverleih (E-Bikes) auszubauen, andererseits müssen die Wegemarkierungen verbessert und einheitlich gestaltet werden, z.B. auf den Lahnbergen oder im Bereich des Stadtwalds.

Bisher haben mit dem Fahrrad anreisende Touristen zu wenig Beachtung gefunden; das fängt schon bei den Abstellmöglichkeiten an. Am Marburger Süd- und Hauptbahnhof muss dringend eine verbesserte Struktur für Fahrradfahrende geschaffen werden.

Die Marburger Jugendherberge befindet sich in einem schlechten Zustand. Vielversprechende Planungen für einen Neubau existieren und sind bereits im Ortsbeirat Weidenhausen sowie im Gestaltungsbeirat diskutiert worden. Bedingt durch die Corona-Pandemie und damit zusammenhängende, finanzielle Probleme beim Hessischen Jugendherbergswerk können diese Planungen nicht umgesetzt werden. Die Stadt und das Land Hessen müssen hier insbesondere finanziell die entsprechenden Weichen stellen, um den Neubau zu ermöglichen und eine Wiederaufnahme des Jugendherbergsbetriebs zu gewährleisten. Diese Form des Tourismus ist zukunftsfähig und darf in Marburg nicht auf das Abstellgleis gesetzt werden.

Wir GRÜNE wollen:

- nachhaltige touristische Angebote von städtischer Seite bereithalten (z.B. auch Tourenvorschläge für Wander- und Radtourismus);
- in Absprache mit externen Partnern, z.B. der Deutschen Bahn/Ameropa besondere Angebote entwickeln, die Menschen, die mit der Bahn anreisen, nach Marburg führen;
- ökologische und barrierefreie Tourismuskonzepte fördern;
- Radleihmöglichkeiten (auch für E-Bikes) verbessern;
- einen Ausbau der Wander- und Spazierwege z.B. durch Optimierung der Bodenbeläge;
- die Kennzeichnung der Wander- und Spazierwege verbessern, vereinheitlichen und einen Wiedererkennungswert herstellen;
- Wanderkarten und Hinweisschilder aktualisieren und verschönern.

Kultur in Marburg: Vielfältig und für alle

Kunst und Kultur ist für uns kein Luxus oder Sahnehäubchen in guten Zeiten, sondern elementarer Bestandteil unseres Lebens. Die Corona-Pandemie hat auch das kulturelle Leben in Marburg stark beeinträchtigt. Das vielfältige kulturelle Leben in Marburg wollen wir auch nach der Krise bewahren. Gerade die Soziokultur mit für weit über Marburg beachteten Zentren in Marburg wie dem KFZ, Café Trauma, Waggonhalle sowie den vielen kleineren Akteuren setzt wichtige Impulse für gesellschaftliche Dialoge und ist unbedingt schützenswert. Der Austausch mit lokalen Akteur*innen und interkulturellen Initiativen ist dabei wichtig, um offen zu bleiben für neue Kunstformen und kulturelle Strömungen. Gemeinsam mit allen Beteiligten wollen wir in einem offenen Dialogprozess ein „Leitbild Kultur“ erarbeiten. Hier wollen wir die Folgen der Krise für die Kulturschaffenden unserer Stadt ebenso diskutieren wie sinnvolle Förderschwerpunkte. So legen wir den Schwerpunkt für eine regionale Kulturentwicklungsplanung, die hilft, Marburgs Kulturperlen auch über die Stadt und den Kreis hinaus sichtbar zu machen und die es schafft, blinde Flecken in der Förderung und auf der Landkarte zu identifizieren.

Für uns hängt Kultur immer untrennbar zusammen mit der Frage des offenen Zugangs. Wir wollen die Barrieren und die Hürden zur Kultur einreißen, denn wir wollen ein kulturelles Leben in Marburg, an dem alle Menschen teilhaben können. Wir wollen deswegen die städtische Kulturförderung so strukturieren, dass sie auch Menschen mit Migrationsgeschichte, mit Behinderung und LSBTIQ erreicht.

Barrierefreiheit ist also viel ganzheitlicher als nur auf die Frage der baulichen Gegebenheiten des Veranstaltungsortes reduziert zu verstehen. Es bedeutet auch, dass Menschen in verschiedenen Lebenssituationen ermöglicht werden soll, Kultur zu erleben und den Zugang zu erleichtern. Die Angebote von kultureller Bildung, die es vom Landestheater Marburg, über die Musikschulen bis hin zu der Kunstwerkstatt gibt, wollen wir sichern und stärken. Auch durch Digitalisierung können bestehende Barrieren im Zugang zu Kultur abgebaut werden, die Stadtbibliothek sowie das Landestheater Marburg wollen wir beim weiteren Ausbau ihres digitalen Angebots unterstützen. Wir wollen ein niedrigschwelliges Beratungssystem erarbeiten, das sie dabei berät, erfolgreiche Förderanträge beim Land, auf Bundesebene und in der EU zu stellen, was ihnen ermöglicht, ihre Kulturprojekte finanziell über eine Unterstützung der Stadt hinaus abzusichern.

Auch Gleichstellungsaspekte reichen in das Feld der Kultur. Menschen dürfen nicht von kulturellen Angeboten ausgeschlossen werden, weil sie keine Kinderbetreuung finden.

Ein „Schülerferienprogramm Kultur“, in dem wir unter Führung des Jugendamtes ein Programm der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten zu günstigen Preise auflegen, wollen wir prüfen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass Podien und Bühnen die gesellschaftliche Realität und Diversität widerspiegeln. Die Leistungen von Marburger Künstlerinnen aller Sparten wollen wir sichtbarer machen.

Im Landestheater Marburg wollen wir gemeinsam mit der Landesebene eine gute Zukunftsperspektive erarbeiten. Die gemeinsame Einführung der Mindestgage war ein wichtiger Schritt, um die problematische Einkommenssituation von Schauspieler*innen zu verbessern. Wir wollen auch für die künstlerisch Beschäftigten, die schon länger angestellt sind, weiter an Verbesserungen arbeiten. Auch die bauliche Perspektive wollen wir in enger Abstimmung mit dem Theater und dem Land weiter prüfen und voranbringen.

Marburg ist eine Universitätsstadt. Das bunte studentische Leben bereichert und prägt unsere Stadt. Studentische Kulturinitiativen wollen wir unterstützen, wo es möglich ist. Wo es zu Konflikten zwischen Studierenden und Anwohner*innen kommt, wollen wir vermittelnd tätig werden, um die Nachtruhe einerseits und die Kulturangebote andererseits zu schützen. Lösungen wie die Ernennung einer/eines Nachtbürgermeister*in wollen wir prüfen.

Marburg ist ein Ort mit jahrhundertelanger Geschichte. Die Geschichte der Universität wollen wir sichtbar machen und anlässlich des 500. Jubiläums der Universitätsgründung vor allem auf den Teil der Geschichte verweisen, der oft vergessen wird: Die Geschichten von Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen, die unsere Stadt in den letzten 500 Jahren geprägt haben, wollen wir zusammen mit der Universität sammeln, auf geeignete Weise aufbereiten und den Marburger*innen, aber auch den Besucher*innen unserer Stadt in moderner Form präsentieren. Insbesondere vor dem Hintergrund des anstehenden Stadtjubiläums stehen wir für eine aktive, mehrere Perspektiven beleuchtende Erinnerungskultur und eine unerschrockene Aufarbeitung der Stadtgeschichte, wo dies noch notwendig sein sollte. Gedenkinitiativen, etwa zur Geschichte Marburgs während der Zeit des Nationalsozialismus und Kolonialismus, wie die der Geschichtswerkstatt, wollen wir unterstützen und fördern.

Wir GRÜNE wollen:

- die Anhebung des Kulturretats auf 5% des Gesamthaushaltes;
- dauerhafte Sichtbarkeit und Räume für Kultur insbesondere dort schaffen, wo Präsenzformen eingeschränkt sind;
- die Erstellung einer Kulturplanung der Stadt gemeinsam mit den Kultureinrichtungen;

- die Einrichtung einer Beratungsstelle für Kulturschaffende zur Generierung von Fördergeldern aus Landes-, Bundes- und EU-Ebene;
- Offenheit für neue Kunstformen und innovative kulturelle Strömungen, insbesondere durch einen stärkeren interkulturellen Dialog;
- eine bessere Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen, z.B. durch die Stärkung kultureller Bildung und die Schaffung neuer, kostengünstiger Angebote;
- den Ausbau digitaler Kulturangebote, der an eine faire Bezahlung für Kulturschaffende gebunden ist;
- den Ausbau der Kinderbetreuung bei städtischen Kulturveranstaltungen;
- die Förderung der Teilnahme von Schüler*innen an Maßnahmen zur kulturellen Bildung;
- Auswertung bestehender Geschlechterverhältnisse vergangener Kulturveranstaltungen mit dem Ziel, dass in Zukunft sowohl auf Podien als auch auf den Bühnen 50% Frauen als Akteurinnen, Komponistinnen, Vortragende etc. eine Selbstverständlichkeit sind. Dafür wollen wir vorbildlich vorgehen und auf Podien städtischer Veranstaltungen auf eine paritätische Besetzung achten. Die Leistungen und die Sichtbarkeit von Künstlerinnen aller Sparten wollen wir sichtbar machen und fördern;
- insbesondere die sozio- und interkulturellen Projekte in ihrer Arbeit weiter fördern und ausbauen;
- ein im Eintrittspreis integriertes ÖPNV-Ticket bei Kulturveranstaltungen und VHS-Angeboten;
- den öffentlichen Raum dekolonialisieren. Wir wollen an relevanten Orten in der Stadt Marburg uns kritisch mit der Kolonialgeschichte seiner Bürger*innen, berühmter Persönlichkeiten und Unternehmen auseinandersetzen. Hier geht es um Aufklärung, Sensibilisierung bis hin zu Fragen der Umbenennung von Straßen. Dabei ist uns die Einbindung der Anwohner*innen und Expert*innen sowie ein offener Diskurs mit allen Beteiligten wichtig. Das Thema soll auch in den bestehenden Stadtführungen verankert werden.

Wirtschaft und Finanzen nachhaltig gestalten

Eine gute lokale Ökonomie braucht gute Rahmenbedingungen. Marburg wird geprägt von der Philipps-Universität, dem Universitätsklinikum und den pharmazeutischen Unternehmen am Behring-Standort; neben diesen größten Arbeitgebern haben eine Vielzahl anderer Unternehmen und Dienstleister ihren Sitz in Marburg und tragen ebenso wie die zahlreichen Schulen und Aus- und Weiterbildungsstätten zu einem guten Ausbildungs-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort bei. Dabei ist die Vielzahl von Vereinen und Initiativen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich nicht nur wichtig für unsere Lebensqualität, sondern auch überaus wichtiger Beschäftigungssektor.

Für den Erhalt und den Ausbau wirtschaftlicher Unternehmen in Marburg müssen wir in fairem Miteinander die guten Rahmenbedingungen dort, wo es möglich ist, verbessern. Schwachpunkte müssen analysiert und es muss gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

Universität und Klinikum

Die Philipps-Universität, ihre Studierenden und Beschäftigten sowie nicht zuletzt ihre Bauten prägen unsere Stadt und ihr Erscheinungsbild. Vieles hat sich in den vergangenen Jahren getan: Der neubezogene Campus Firmanei mit der neuen Universitätsbibliothek bis hin zur andauernden Erweiterung des Campus Lahnberge zeugen von der dynamischen und positiven Entwicklung unserer Universität. Diese Entwicklungen wollen wir weiter konstruktiv begleiten und mitgestalten sowie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen für eine weiter prosperierende Entwicklung schaffen. In diesem Sinne wollen wir den Weg, der mit dem Masterplan Lahnberge begonnen wurde, weiter an der Seite der Universität beschreiten.

Insbesondere die Infrastrukturentwicklung zur Verbesserung von Forschung und Lehre auf dem Campus Lahnberge ist vor diesem Hintergrund von besonderer Bedeutung. Zudem wollen wir gemeinsam mit dem Land und der Universität eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung des Standorts in der Wilhelm-Röpke-Straße vorantreiben, um diesen zentral gelegenen Ort für die Zukunft weiterzuentwickeln.

Das Universitätsklinikum ist und bleibt der zentrale Ort der medizinischen Versorgung in der Universitätsstadt Marburg und einer der größten Arbeitgeber der ganzen Region.

Dieser Bedeutung wollen wir auch in Zukunft Rechnung tragen und im Interesse unserer Stadt gemeinsam mit der Geschäftsleitung und Personalvertretung des Klinikums den universitätsmedizinischen Gesundheitsstandort weiterentwickeln.

Wir setzen uns in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung im Sinne der Beschäftigten und Patient*innen für gute Beschäftigungsbedingungen an unserem Klinikum ein. Wir unterstützen die Beschäftigten in ihrem Engagement dafür. Aktuell beobachten wir große Verunsicherung durch den Weiterverkauf des bereits vor fünfzehn Jahren privatisierten Universitätsklinikums und dessen Folgen für die Personalsituation.

Unsere Bewertung der Entscheidung, das Klinikum zu privatisieren, hat sich nicht verändert. Wir waren und sind gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, da diese maßgeblichen Einrichtungen der Daseins- und Gesundheitsvor- und -fürsorge in staatlicher Hand bleiben müssen. Wir hätten das Universitätsklinikum nicht privatisiert. Aber diese Entscheidung lässt sich auf städtischer Ebene nicht korrigieren. Es ist vielmehr die Kompetenz des Bundes, die insgesamt unzureichende Finanzierung des Gesundheitswesens und insbesondere der Krankenhäuser dringend nachzujustieren. Wir wollen auf städtischer Ebene die qualitative Weiterentwicklung unseres Klinikums, des Gesundheits- und medizinischen Forschungsstandorts vorantreiben und insbesondere die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen.

Ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Präsidium der Philipps-Universität sowie der Geschäftsleitung und den Vertreter*innen der Beschäftigten des Universitätsklinikums einerseits und den politischen Gremien der Stadt andererseits ist essentiell für das Gelingen einer nachhaltigen und strategischen Entwicklung. Nur so können die Herausforderungen der Zukunft angepackt und Lösungen gefunden werden.

Pharmastandort

Die Pharmastandorte Görzhausen und Marbach sind von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Stadt. Ein Großteil der Arbeitsplätze für viele Menschen aus Marburg und dem Umland werden dort zur Verfügung gestellt und auch finanziell sind die Pharmaunternehmen mit ihrem Gewerbesteueraufkommen lebenswichtig für unsere Stadt. Bereits in der Vergangenheit war uns ein guter Austausch zwischen der Stadt und den Unternehmen am Behring-Standort wichtig. Unser Ziel ist es dabei, den Standort zu stärken und gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen, die dort arbeiten, aber auch derjenigen, die im Umkreis leben, im Blick zu haben. Dieser Dialog muss im Sinne der Unternehmen, der Beschäftigten und der Menschen in der Region weitergeführt werden.

Zur Standortstärkung gehört im Rahmen einer guten Infrastruktur auch die gute Erreichbarkeit der Standorte mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Rad. Jobtickets sowie ÖPNV- und Radwegeausbau müssen daher hohe Priorität haben.

Darüber hinaus sind bestehende Konzepte zur nachhaltigen Gestaltung der Standortflächen wie auch der Produktionsprozesse (u.a. Energiewende, Wassermanagement) weiterzuführen und konkrete Zukunftsstrategien zu vereinbaren, die allen Beteiligten – Unternehmensleitungen, Beschäftigten und Stadtpolitik bzw. -verwaltung – Transparenz und einen Handlungsrahmen bieten. Die gewerbliche Entwicklung am Görzhäuser Hof sollte daher auch der Zukunftsfähigkeit des Pharmastandortes unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien dienen und entsprechend ausgestaltet werden.

Gewerbeflächenentwicklung

Marburgs Topographie stellt auch die Gewerbeflächenentwicklung vor große Herausforderungen. Die noch vorhandenen potentiellen Flächen müssen daher sorgfältig sowohl für die Ansiedlung neuer Unternehmen als auch als Ersatzflächen für in Marburg ansässige Betriebe, die aus eigenem Wunsch ihren Standort ändern wollen, verwendet werden. Letzterem kommt in den nächsten Jahren eine sehr hohe Bedeutung zu, wenn die Wohnungsnachfrage anhält und Teile ehemaliger innerstädtischer Gewerbeflächen einer Mischnutzung zugeführt werden.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die zunehmende Bedeutung des Klimawandels muss die Reduzierung des Flächenverbrauchs und der -versiegelung im Fokus der künftigen Gewerbeflächenentwicklung stehen. In diesem Sinne wollen wir Dienstleistungsgewerbe und Einzelhandel möglichst im Rahmen von Mischgebieten, gemeinsam mit Wohnnutzungen z.B. durch Aufstockungen ermöglichen. Flächen für produzierendes Gewerbe wollen wir nach Möglichkeit primär in verkehrsgünstiger Lage entlang der B3 und der Main-Weser-Bahn ansiedeln, um Verkehrsbelastungen in Wohngebieten zu vermeiden und eine optimale und attraktive Erreichbarkeit zu gewährleisten. Bei der Schaffung von Gewerbeflächen muss in Zukunft aber auch verstärkt die interkommunale Zusammenarbeit greifen. Gemeinsam mit Marburgs Nachbargemeinden können Gebiete erschlossen werden, die zwar außerhalb Marburgs, aber dennoch stadtnah liegen, gut angebunden sind und deren gewerbliche Entwicklung Marburg und den Nachbarkommunen gleichermaßen Vorteile bringt, Flächenfraß vermeidet und ruinöse Standortkonkurrenzen mindert.

Bei der zukünftigen Ausweisung wie auch im Bestand wollen wir die ökologische Nachhaltigkeit von Gewerbegebieten stärker in den Blick nehmen. Dazu wollen wir ökologische Gewerbegebiete

in Marburg entwickeln und Bestandsgebiete ökologisch umgestalten. Dazu wollen wir Anreize schaffen und Kooperationen mit den Unternehmen herstellen.

Einzelhandel

Marburg ist Einkaufsstadt und touristische Attraktion. Die Einkaufsstadt mit der Oberstadt und den dort angesiedelten zahlreichen gastronomischen Betrieben als unverwechselbarem Kleinod und Zentrum bietet einmaliges Flair, das mit einer guten Stadtgestaltung und einem individuellen Angebotsmix erhalten bleiben muss. Investitionen in das Umfeld sind ebenso wichtig wie gemeinsam mit dem Einzelhandel getragene kulturelle und touristische Aktionen, die Publikum anziehen. Hierzu zählen neben Einkaufswochenenden auch attraktive Wochenmärkte, die an ihren Standorten gestärkt und mit klarem Profil regionaler Produktion ausgebaut werden müssen.

Entsprechend der von der Stadt in Auftrag gegebenen Einzelhandelsstudie muss zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Innenstadtlagen und der Einzelhandelsstruktur Wert darauf gelegt werden, dass keine Flächen für großflächigen Einzelhandel außerhalb der Innenstadt entstehen. Die jetzige Struktur mit der Innenstadt einerseits und den Gewerbegebieten Cappel und Wehrda einerseits hat sich bewährt und darf nicht geschwächt werden.

Für die Attraktivität der Innenstadt – insbesondere der Oberstadt – fordern wir ein Quartiersmanagement, das schnell gemeinsam mit dem Handel auf Leerstände und andere Fehlentwicklungen reagieren kann.

Finanzen, Steuern und Abgaben

Bund und Land müssen Kommunen angemessen ausstatten. Die Kommunen sind für ihre vielfältigen Aufgaben inhaltlich gut aufgestellt – auch die Stadt Marburg. Für viele Aufgaben fehlt es aber an der notwendigen Finanzierung durch den Bund und das Land. Wir fordern daher, dass Bund und Land die kommunale Ebene so gut ausstatten, dass vor Ort genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die momentane Situation führt z.B. dazu, dass ärmere Städte und Gemeinden strukturell nicht genügend in den Erhalt ihrer Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Bäder, Sportanlagen, Straße etc.) investieren können; glücklicherweise ist Marburg hiervon derzeit nicht betroffen.

Die Finanzpolitik der Stadt muss sich verstärkt an den Erfordernissen des Klimaschutzes und des sozialen Zusammenhalts orientieren und Investitionsfähigkeit bei gleichzeitiger finanzieller Nachhaltigkeit gewährleisten. Eine kommunale „schwarze Null“ lehnen wir ab. Eine solche Politik beraubt der Stadt Handlungsspielräume, um auf veränderte ökonomische, ökologische und

soziale Rahmenbedingungen reagieren zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Ausgaben und Einnahmen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Wir treten für eine solide Absicherung unserer Aufgaben in den Bereichen Kinderbetreuung und Schule ein; ferner stehen wir dafür, dass die erreichten Standards in den sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen der Stadt aufrecht erhalten und ausgebaut werden und dass die Stadt hierfür auch ausreichend freiwillig Leistungen aufwendet.

Neue Projekte und Initiativen oder die Ausweitung der Zuschüsse an bestehende Initiativen bedürfen aber immer der Prüfung, ob die Stadt ein solches Engagement auch dauerhaft tragen kann. Nur mit einer soliden Finanzpolitik kann die Stadt gemeinsam mit Vereinen und Initiativen unsere erreichten Standards auch verlässlich sichern.

Alternatives Wirtschaften

Solidarische Ökonomie ist für uns ein wichtiger und zu stärkender Aspekt des – auch kommunalen – Wirtschaftens. Solidarökonomische Projekte stellen die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt bzw. versuchen, ökologisch und sozial sinnvoll zu sein und zielen nicht auf das Erwirtschaften maximaler Rendite. Darüber hinaus basieren sie auf der Idee, dass alle Menschen als Teil der Gesellschaft sinnvolle und nützliche Beiträge für den Fortschritt der Menschheit leisten können. In Marburg gibt es eine Vielzahl von Projekten – z.B. als schon lange bestehende Projekte der Beschäftigungsförderung –, die sich das Ziel der Wiederverwendung von Produkten, der Reparatur von Dingen oder dem Tauschgedanken verschrieben haben. Daneben gibt es viele Ansätze wie den Weltladen, RADIKATE, Gartenwerkstatt, Freiwilligenagentur, interkulturelle Gärten, SoLaWi, Repaircafé, Plunderwunder usw., die mit ganz unterschiedlichen Ansätzen das Ziel verfolgen, in Marburg im besten Sinne nachhaltig zu sein und gleichzeitig auch die Ziele einer gerechten und solidarischen Welt im Blick zu haben. Wir wollen solche Ansätze stärken und gezielt auf kommunaler Ebene fördern, da sie nicht nur ein wichtiger Faktor für Beschäftigung und Ausbildung in unserer Kommune sind, sondern auch das Potential haben, die Postulate der Finanz- und Wachstumsökonomie, die der Realität zunehmend weniger standhalten, zu überwinden.

Daneben stellt die wachsenden Anklang findende Idee der Gemeinwohlökonomie eine Möglichkeit dar, Kriterien und Kennzahlen zu entwickeln, um den Wert einer Unternehmung für das Allgemeinwohl zu messen. Diesen Ansatz wollen wir unterstützen und auf die lokale Wirtschaft übertragen. Unsere städtischen Betriebe sollten hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Unsere Kandidat*innen für die Stadtverordnetenversammlung

1. Nadine Bernshausen
2. Christian Schmidt
3. Dr. Elke Neuwohner
4. Dietmar Göttling
5. Katharina Rink
6. Lena Frewer
7. Madelaine Stahl
8. Hans-Werner Seitz
9. Marion Messik
10. Marco Nezi
11. Dr. Christa Perabo
12. Uwe Volz
13. Karen von Rüden
14. Maximilian Walz
15. Alev Laßmann
16. Dr. Christian Dorsch
17. Sarah Kastner
18. Lukas Ramsaier
19. Martina Rupp
20. Peter Reckling
21. Monika Frisch
22. Jan Stasik
23. Deborah Gros
24. Wolfgang Urban
25. Anna-Konstantina Richter
26. Dr. Payam Katebini
27. Beatrix Tittmann
28. Rainer Floherschütz
29. Anja Volz
30. Prof. Dr. Winfried Held
31. Martina Leblang
32. Roland Stürmer
33. Felix Quast
34. Luisa Müller
35. Clemens Lange
36. Maite Beckerr
37. Bernhard Schröder
38. Mechthild Schulze-Tenberge
39. Dr. Daniel Keil
40. Dr. Karin Schmidt-Kohberg
41. Teodor Kühn
42. Jona Burgstaller
43. Christian Geske
44. Dagmar Altroggen-Hasenknopf
45. Dr. Sven-Olaf Krusch
46. Mara Koll
47. Karl-Hans Schumacher
48. Christine Dießner
49. Ibrahim Al-Sakoor
50. Alicia Hagedorn
51. Klaus Denfeld
52. Dr. Elke Therre-Staal
53. Tomas Schneider
54. Sandra Laaz
55. Dr. Karsten McGovern
56. Stephanie Theiss
57. Dr. Franz Kahle
58. Angela Dorn-Rancke